# Internationalrechtliche Studien

Beiträge zum Internationalen Privatrecht, zum Einheitsrecht und zur Rechtsvergleichung

Herausgegeben von Ulrich Magnus und Peter Mankowski Band 66

# Tristan Wegner

# Überseekauf im Agrarhandel

Die Kontraktpraxis nach GAFTA und Einheitsbedingungen



Überseekauf im Agrarhandel

## Internationalrechtliche Studien

### Beiträge zum Internationalen Privatrecht, zum Einheitsrecht und zur Rechtsvergleichung

Herausgegeben von Ulrich Magnus und Peter Mankowski

Band 66



## Tristan Wegner

## Überseekauf im Agrarhandel

Die Kontraktpraxis nach GAFTA und Einheitsbedingungen

Eine rechtsvergleichende Darstellung



# **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 2013

Gedruckt auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier.

D 18 ISSN 0947-0395 ISBN 978-3-631-64106-4 (Print) E-ISBN 978-3-653-02785-3 (E-Book) DOI 10.3726/ 978-3-653-02785-3

© Peter Lang GmbH Internationaler Verlag der Wissenschaften Frankfurt am Main 2013

Alle Rechte vorbehalten.

PL Academic Research ist ein Imprint der Peter Lang GmbH.

Peter Lang – Frankfurt am Main · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Warszawa · Wien

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de

#### MEINEN ELTERN

zum Dank für die bedingungslose
Unterstützung während
des Studiums

#### Vorwort

Diese Dissertation behandelt eine in Deutschland fast vergessene Schnittstellenmaterie zwischen Seerecht und Handelsrecht sowie die Praxis im nationalen und internationalen Getreide- und Futtermittelhandel.

Der Untersuchung wurden zwei gängige internationale Verträge der GAFTA zugrunde gelegt. Es handelt sich um die Verträge GAFTA 100 (CIF) und GAFTA 119 (FOB). Dank der Unterstützung der GAFTA können diese unter folgender Internetadresse heruntergeladen werden:

http://www.owlaw.de/gafta-fosfa-kommentar/

Meinem Doktorvater Prof. Dr. Ulrich Magnus danke ich dafür, dass er mir die Bearbeitung dieses ungewöhnlichen Themengebietes ermöglicht hat und mir das Vertrauen entgegengebracht hat, die Arbeit vollständig unabhängig auszuarbeiten. Mein Dank gebührt ebenfalls Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Basedow für die rasche Anfertigung des Zweitgutachtens.

Ferner möchte ich Herrn Prof. Dr. Peter Mankowski danken, der mich mit inspirierenden Gesprächen und konstruktiven Gedanken unterstützt hat. Wertvolle Einblicke in die Praxis des Getreidehandels und Unterstützung habe ich dankenswerterweise erhalten von: Alexander Bauer (Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse), Kurt Fromme (Fromme Landhandel), Ulrich Hüner und Karl-Heinz Lustig (HaBeMa), Jan Köhlbrandt und Torsten Sievers (Alfred C. Toepfer International), Dr. Dietrich Mankowski (Buse Heberer Fromm), Michael Maus (Maus & Co.), Martin Möller und Rüdiger Pooch (Getreide AG), Jens Schwenke und Horst Heidemann (Vereinigte Getreide- und Produktenbörse Braunschweig - Hannover - Magdeburg), Harald Sommerfeldt, Eckhard Lüth und Katja Taube (HaGe Kiel), Tomasz Wasik (Hamburger Leistungsfutter), Joachim Wick und Helmut Wulff (Bunge Hamburg). Für die Diskussion schifffahrtsrechtlicher Aspekte danke ich Christine Lübcke (MACS Shipping Hamburg).

Besonders herzlicher Dank gebührt jedoch meinen Eltern, denen ich diese Arbeit widme. Ihre uneingeschränkte Förderung meiner Ausbildung hat die Anfertigung dieser Arbeit erst ermöglicht. Auch meiner Schwester und meinen Großeltern danke ich für den stetigen familiären Rückhalt.

Hamburg, im Frühjahr 2013

Tristan Wegner

### **Inhaltsverzeichnis**

1 EIN	ILEITUNG	1
1.1 Zie	lsetzung dieser Arbeit	1
1.2 Ang	gewendete Methode der Rechtsvergleichung	3
	R ÜBERSEEHANDEL UND SEINE ERSCHEINUNGEN IM FREIDE- UND FUTTERMITTELHANDEL	7
2.1 Der	Überseekaufvertrag	7
2.1.1	Faktische Probleme im Überseehandel	7
2.1.2	Rechtliche Schwierigkeiten im Überseehandel	9
2.2 CIF	- und FOB-Transaktionen	10
2.2.1	Der CIF-Vertrag	11
2.2.2	Der FOB-Vertrag	14
2.2.3	Kettengeschäfte	15
3 ко	NTRAKTWESEN IM INTERNATIONALEN HANDEL	18
	chtige Branchenorganisationen und Kontrakte im Getreide- und ittelhandel	18
3.1.1	Die Grain and Feed Trade Association (GAFTA)	
	1 Geschichte der GAFTA	
3.1.2		
3.1.3	Sonstige Kontrakte im Getreide- und Futtermittelhandel	

3.2	Bede	utung der GAFTA-Kontrakte aus deutscher Sicht	. 26
4		EUTUNG VON KLAUSELWERKEN IM INTERNATIONALEN DEL	. 28
4.1	Die E	rscheinung: Standardverträge	. 28
4.2	Das F	Problem: gesteigerte Rechtsunsicherheit	. 30
4.3	Der V	Vorwurf: Ungeeignetheit gesetzlicher Lösungen	. 31
4.	.3.1	Schwächen des staatlichen Rechtssystems und der Gerichtsbarkeit	31
4.	.3.2	Schwächen internationalen Einheitsrechtes	33
4.4	Die L	ösung? Ein Welthandelsrecht der lex mercatoria	. 35
4.5	Recht	squellen der lex mercatoria	. 37
4.	.5.1	Enges und weites Rechtsquellenverständnis	37
	.5.2	Insbesondere: internationale Standardverträge	
		Gründe für die Entwicklung von Standardverträgen	
		Ausarbeitung von Standardverträgen	
		Fazit	
4.6	Vertra	äge der GAFTA als Rechtsquelle einer lex mercatoria	. 42
4.	.6.1	Elemente eines Welthandelsrechts	42
		Akzeptanz: weltweite Verbreitung als Merkmal	
		Autonomie: Lösung vom staatlichen Rechtssystem	
	4.6.1.3	Verständnis: Berücksichtigung kaufmännischer Besonderheiten	
4.	.6.2	Bewertung und Fazit	57
4.7	Verh	iltnis der lex mercatoria zum staatlichen Recht	. 58
4.	.7.1	Autonome Lösung	59
4.	.7.2	Rechtsgeschäftliche Lösung	62

4.7.3	Rechtsordnungsloser Vertrag	
	1 Das Phänomen des "selbstgenügsamen Vertrages"	
4.7.3.	2 Ablehnung des rechtsordnungslosen Vertrags	63
4.7.4	Enge rechtsgeschäftliche Lösung	65
4.7.5	Transnationale Lösungsversuche	66
4.7.6	Fazit: keine Autonomie der lex mercatoria	68
5 EIN	FÜHRUNG INS ENGLISCHE RECHT	71
5.1 Allg	emeines zum Vertragsrecht	71
5.1.1	Rechtsquellen des englischen Zivilrechts	71
5.1.2	Rechtsquellen des englischen Kauf- und Handelsrechts	72
5.1.3	Gegenstand des Kaufvertrages	73
5.2 Vert	ragsschluss durch "Offer and acceptance"	74
5.3 Wirl	ksamkeit des Vertrages, "consideration"	75
5.3.1	Lehre der "consideration"	75
5.3.2	Einschränkung durch "promissory estoppel"	77
5.4 Vert	ragsauslegung	78
5.4.1	Die Wortlautauslegung	79
5.4.2	Die parol evidence rule und ihre Ausnahmen	80
5.4.3	Zusammenfassung	81
5.5 Inha	lt von Vertragspflichten	82
5.6 Haft	ung für Leistungsstörungen	82
5.6.1	Generelle Haftung ohne Verschulden (strict liability)	83
5.6.2	Vertragspflichten	
	1 Warranty	
5.6.2.	2 Condition	84

5.6.2.3 Abgrenzung von <i>condition</i> und <i>warranty</i>	85
5.6.3 Haftungsfreizeichnungen	88
5.6.4 Grenzen der Haftungsfreizeichnung	89
5.6.4.1 Nach dem common law	
5.6.4.2 Nach dem "Unfair Contract Terms Act"	94
5.7 Zwischenergebnis	98
6 DIE GAFTA-KONTRAKTE IM DETAIL	99
6.1 Einbeziehung und Auslegung der Vertragsbedingungen	99
6.1.1 Einbeziehung von standard terms	99
6.1.1.1 Die Praxis der Einbeziehung	
6.1.1.2 Rechtliche Einbeziehung	100
6.1.1.3 Rechtsvergleich	109
6.1.2 Auslegung von standard terms	111
6.1.2.1 Zweideutige Klauseln und "contra proferentem rule"	
6.1.2.2 Widersprüchliche Klauseln und "main purpose rule"	114
6.1.3 Rechtsvergleich und Schlussfolgerung	115
6.2 Am Vertrag beteiligte Personen	116
6.2.1 Käufer und Verkäufer	116
6.2.2 Beteiligung von Mittelspersonen ( <i>broker</i> )	116
6.2.2.1 Provisionsanspruch des broker	
6.2.2.2 Vertragsschluss durch den broker	
6.2.2.3 Entgegennahme von Anzeigen	
6.2.3 Zusammenfassung	123
6.3 Die Ware	123
6.3.1 Identität, Qualität und Beschaffenheit der Ware	123
6.3.1.1 Erscheinungsformen in den Verträgen	
6.3.1.2 Erfüllung hinsichtlich der Gattung (Art)	
6.3.2 Erfüllung bzgl. der Beschaffenheit der Ware (Qualität / Kondition)	135
6.3.2.1 Unterscheidung in Qualität und Kondition	
6 3 2 2 Vereinbarungen bezüglich der Qualität (auglity)	

6.3.2.3	Besondere Qualitätsklauseln	151
6.3.2.4	Zeitpunkt der Mangelfreiheit	159
6.3.3	Vereinbarungen bezüglich der Kondition (condition)	160
6.3.3.1	Die Klausel "Shipment / Delivery in good condition"	
	Zwischenergebnis und Rechtsvergleich	
6.3.4	Abschließende Bewertung zur Beschaffenheit	165
6.3.5	Quantität	165
6.3.5.1	Gewicht und Menge	165
6.3.5.2	Rechtsfolgen bei Differenzen in der Quantität	169
6.3.5.3	Spielräume in der Menge	173
6.3.5.4	Sukzessivlieferungsverträge	180
6.3.5.5	Bewertung	187
6.3.6	Zertifikate und Proben.	187
6.3.6.1	Proben und Analysezertifikate	
	Ursprungszeugnis (certificate of origin)	
6.4 Die L	ieferung beim CIF Geschäft	204
6.4.1	Die Pflicht zur Verschiffung (shipment)	
	Vertragliche Ausgestaltung und Grundlagen	
	Rechte des Käufers bei Nichtlieferung	
	Rechtsvergleich	
6.4.1.4	Bewertung	211
6.4.2	Abgabe der Verschiffungsanzeige (notice of appropriation)	212
6.4.2.1	Erscheinungsformen, Sinn und Zweck	212
	Inhalt der Anzeige	
	Empfänger der Anzeige	
	Anzeigefrist	
6.4.2.5	Korrektur der notice of appropriation	228
6.4.3	Unwirksame oder verspätete notice of appropriation	233
6.4.3.1	Vertragliche Einordnung der Klausel	
6.4.3.2	Entgegennahme unwirksamer Anzeigen	238
6.4.4	Abschließende Bewertung	241
6.5 Die L	ieferung beim FOB-Geschäft	242
6.5.1	Käuferpflicht zur Erteilung von FOB-Instruktionen	242
	Benennung eines Seeschiffes (nomination of ship)	
	Benennung eines Verladehafens (nomination of port)	
	Ergebnis zu den FOB-Instruktionen	

6.5.2	Die Verkäuferpflicht zur Beladung	257
6.5.2.	1 Verladeort	
6.5.2.2	2 Zeitpunkt des Verladebeginns	258
	Frist für die Beladung	
6.5.2.4	4 Weiterbeladung nach Zeitablauf	265
6.5.3	Exkurs: Eigentumsübergang bei FOB-Geschäften	269
6.5.4	Abschließende Bewertung	270
6.6 Die l	Extension of shipment clause	272
6.6.1	Vertragliche Erscheinungsformen	272
6.6.2	Voraussetzungen: Erklärung der "extension"	273
6.6.3	Rechtsfolgen	274
6.6.3.	1 Verlängerung des Leistungszeitraumes	
	2 Bei FOB: Benennung eines Seeschiffes nötig	
6.6.3.3	3 Ausgleichszahlungen des Käufers (carrying charges)	276
6.6.3.4	4 Verhältnis zur force majeure clause	280
6.6.4	Zusammenfassung und Bewertung	280
6.7 Ersat	tz von Liegegeld (demurrage)	282
6.7.1	Liegegeldklauseln	282
6.7.2	Rechtsnatur der Klauseln	283
6.7.2.1	1 Zahlung als Freihalteerklärung (indemnity)	
	2 Zahlung als originärer Zahlungsanspruch	
6.7.3	Weitere Schadensersatzposten	286
	Vergleich zum Recht der Charterpartien	
	2 Übertragung auf Kaufverträge	
6.7.4	Rechtsvergleich und Bewertung	
	Einheitsbedingungen und deutsches Recht	
	2 UN-Kaufrecht	
	3 Bewertung	
	č	
6.8 Kont	traktliche Besonderheiten der Gefahrtragung	295
6.8.1	Modifikation der Gefahrtragung	296
6.8.2	Gewichtsverluste während der Seereise	296
6.8.2.1	1 Grundsätzliche Gefahrtragung bei Gewichtsverlusten	
	2 Eingeladenes Gewicht	

6.8.2.3 Au	sgenetertes Gewicht (aejiciency-clause)	
6.8.2.4 Au	sgelieferte Qualität (rye terms-clause)	306
6.8.2.5 Erg	gebnis	312
6.8.3 Be	sonderheiten bei schwimmender Ware	313
6.8.3.1 Le	stungsstörungen vor Vertragsschluss	314
	stungsstörungen nach Vertragsschluss	
6.8.3.3 Re	chtsvergleich und Bewertung	322
6.8.4 Scl	nlussfolgerungen	327
6.9 Sammels	sendungen (pro-rata clause)	329
6.9.1 Die	e Sammelsendung	329
6.9.1.1 De	finition einer Sammelsendung	329
	chtliche Würdigung von Sammelsendungen	
6.9.2 Ve	rtragliche Vereinbarungen, pro-rata clause	
	rteilung zwischen den Empfängern	
	rrechnung mit dem Verkäufer	
6.9.3 Re	chtsvergleich und Bewertung	342
6.10 Verpflic	chtung zur Kaufpreiszahlung	344
6.10.1 Ka	sse gegen Dokumente	344
6.10.1.1	Abwicklung der Zahlung	
6.10.1.2	Nichtverfügbarkeit der Dokumente	
6.10.1.3	Zulässigkeit der Praxis "Ware gegen Empfängerrevers"	
6.10.2 Do	kumente gegen Akkreditiv	352
6.10.2.1	Vertragliche Voraussetzungen	
6.10.2.2	Bewertung	
6.10.3 Re	chte des Verkäufers bei Nichtzahlung / Verweigerung der	
Do	kumentenannahme	355
6.10.3.1	Rücktritt und Schadensersatz	355
6.10.3.2	Kaufpreiszahlung, s. 49 SoGA	356
6.10.4 Scl	nlussfolgerungen	357
6.11 Nichtlei	stung: die default clause	359
6.11.1 An	wendungsbereich: Begriff des default	359
6.11.1.1	Die Pflichtverletzungen	
6.11.1.2	Konkurrenzverhältnis zu anderen Klauseln	
6.11.1.3	Vertragsaufhebung	363

Rechtsvergleich und Zwischenergebnis	365
chtsfolgen und Schadensberechnung	366
<u> </u>	
Ohne wirksames Deckungsgeschäft	368
•	
Rechtsvergleich und Bewertung	377
sammenfassung und Ergebnis	382
glichkeit der Vertragserfüllung (force majeure, Streik,	
xportverbote)	384
sungsansätze des staatlichen Rechts	
<del>-</del>	
Zwischenergebnis	392
rce Majeure in der Kontraktpraxis	392
Die Vorteile von force majeure Klauseln	392
Exkurs: Force Majeure Klauseln als exemption clauses	395
gelungen in GAFTA-Kontrakten	396
gentliche force majeure-clause	396
Hintergrund: Die Mississippi-Überflutung	396
Regelungsinhalt der force-majeure Klausel	397
portverbot-Klauseln (prohibition clause)	403
Verhältnis zur force majeure clause	407
eik-Klauseln (loading strike clause)	408
•	
s-Klauseln (ice clause)	410
chtsvergleich	411
<u> </u>	
hlussfolgerungen	414
	Grundsätze der Schadensberechnung Bei Vornahme eines Deckungsgeschäftes Ohne wirksames Deckungsgeschäft Weitere Schadensposten Rechtsvergleich und Bewertung sammenfassung und Ergebnis.  glichkeit der Vertragserfüllung (force majeure, Streik, xportverbote)  sungsansätze des staatlichen Rechts England: Doctrine of frustration Leistungshindernisse im deutschen Recht. UN-Kaufrecht, Art. 79 CISG Zwischenergebnis  ree Majeure in der Kontraktpraxis Die Vorteile von force majeure Klauseln Exkurs: Force Majeure Klauseln als exemption clauses gelungen in GAFTA-Kontrakten gentliche force majeure-clause Hintergrund: Die Mississippi-Überflutung Regelungsinhalt der force-majeure Klausel portverbot-Klauseln (prohibition clause) Pflicht zur anderweitigen Eindeckung Rechtsfolgen der prohibition clause Verhältnis zur force majeure clause ereik-Klauseln (loading strike clause) Anwendungsbereich Rechtsfolge s-Klauseln (ice clause) chtsvergleich Regelungen in den Einheitsbedingungen Rechtsvergleich und Bewertung

6.13 Sonstige	e Besonderheiten	415
6.13.1 Lie	eferketten und Rückkäufe (circle clause)	415
6.13.1.1	Entstehung von Käuferketten	
6.13.1.2	Vertragliche Vereinbarungen in Käuferketten	416
6.13.1.3	Rechtsvergleich und Bewertung	425
6.13.2 Be	stimmungen über Mitteilungen: die notice clause	427
6.13.2.1	Geschäftstage-Klausel	427
6.13.2.2	Erklärungsfristen	428
6.13.2.3	Zwischenergebnis	430
6.13.3 Die	e Shipment and classification clause	430
6.13.3.1	Anforderungen an das Seeschiff	432
6.13.3.2	Benanntes Schiff ("sales by named vessel")	433
6.13.3.3	Verschiffungsroute	434
6.13.3.4	Rechtsfolgen nichtkontraktlicher Verschiffung	436
6.13.3.5	Bewertung	438
6.13.4 Ve	rsicherung	439
6.13.4.1	Abschluss der Transportversicherung	
6.13.4.2	Zusammenfassung und Bewertung	
6.13.5 Ex	port- und Importgenehmigungen	
6.13.5.1	Pflicht zur Einholung von Genehmigungen	
6.13.5.2	Nichterbringung der Genehmigung und Rechtsfolgen	
6.13.5.3	Rechtsvergleich und Bewertung	
6.13.6 Ins	olvenz-Klausel	
6.13.6.1		
6.13.6.2	Vertragsbestimmungen der GAFTA	
0.13.0.2	Rechisvergieich und bewertung	440
7 SCHLUS	SSFOLGERUNGEN UND ENDERGEBNIS	449
8 ENGLIS	H ABSTRACT	456
8.1 The GAI	FTA Contracts from a German Viewpoint	456
8.2 German	Contract Practice in the Grain and Feed Trade	458
8.3 GAFTA	Contracts within the Meaning of a lex mercatoria	459

8.4 The Comparison between the GAFTA Contracts and the Unified Terms	
LITERATURVERZEICHNIS	466
ENTSCHEIDUNGSVERZEICHNIS	489
STICHWORTVERZEICHNIS	511

### Ausführliches Inhaltsverzeichnis

1 EIN	LEITUNG	1
1.1 Ziel	setzung dieser Arbeit	1
1.2 Ang	sewendete Methode der Rechtsvergleichung	3
	R ÜBERSEEHANDEL UND SEINE ERSCHEINUNGEN IM FREIDE- UND FUTTERMITTELHANDEL	7
2.1 Der	Überseekaufvertrag	7
2.1.1	Faktische Probleme im Überseehandel	7
2.1.2	Rechtliche Schwierigkeiten im Überseehandel	9
2.2 CIF	- und FOB-Transaktionen	10
2.2.1	Der CIF-Vertrag	11
2.2.2	Der FOB-Vertrag	14
2.2.3	Kettengeschäfte	15
3 KO	NTRAKTWESEN IM INTERNATIONALEN HANDEL	18
	htige Branchenorganisationen und Kontrakte im Getreide- und	1.0
Futterm	ittelhandel	18
3.1.1	Die Grain and Feed Trade Association (GAFTA)	
	1 Geschichte der GAFTA	
3.1.2	Die Hamburger Getreidebörse (VdG)	
	-	
3.1.3	Sonstige Kontrakte im Getreide- und Futtermittelhandel	
3.2 Bed	eutung der GAFTA-Kontrakte aus deutscher Sicht	26

4 BEDEUTUNG VON KLAUSELWERKEN IM INTERNATIONALEN HANDEL	
4.1 Die Erscheinung: Standardverträge	28
4.2 Das Problem: gesteigerte Rechtsunsicherheit	30
4.3 Der Vorwurf: Ungeeignetheit gesetzlicher Lösungen	31
4.3.1 Schwächen des staatlichen Rechtssystems und der Gerichtsbarkeit	31
4.3.2 Schwächen internationalen Einheitsrechtes	33
4.4 Die Lösung? Ein Welthandelsrecht der <i>lex mercatoria</i>	35
4.5 Rechtsquellen der lex mercatoria	37
4.5.1 Enges und weites Rechtsquellenverständnis	37
4.5.2 Insbesondere: internationale Standardverträge	39
4.5.2.1 Gründe für die Entwicklung von Standardverträgen	
4.5.2.2 Ausarbeitung von Standardverträgen	
4.5.2.3 Vorteile von Standardverträgen und deren Klauselrecht	
4.5.2.4 Fazit	42
4.6 Verträge der GAFTA als Rechtsquelle einer lex mercatoria	42
4.6.1 Elemente eines Welthandelsrechts	42
4.6.1.1 Akzeptanz: weltweite Verbreitung als Merkmal	
4.6.1.2 Autonomie: Lösung vom staatlichen Rechtssystem	44
4.6.1.2.1 Ausschluss von internationalem Einheitsrecht	
4.6.1.2.1.1 UN-Kaufrecht und Haager-Kaufrecht	
4.6.1.2.1.2 UN-Verjährungsübereinkommen	
4.6.1.2.1.3 INCOTERMS 4.6.1.2.1.4 Fazit	
4.6.1.2.2 Durch Klauselrecht und "Codes of Practice"	
4.6.1.2.2.1 Inhalte und Regelungsmechanismen	48
4.6.1.2.2.2 Inhalte der "GAFTA Codes of Practice"	48
4.6.1.2.2.3 Prozessuale Verlagerung auf Schiedsgerichte und Mediation	
4.6.1.3 Verständnis: Berücksichtigung kaufmännischer Besonderheiten	
4.6.1.3.1 Allgemeines	
4.6.1.3.2 Konfliktvermeidung als Strategie	
4 n i 3 / L. Mitwirkiingsniiichten	2.3

4.6.1.3.2.2 Unterstützungs- und Informationspflichten	
Bewertung und Fazit	57
rhältnis der lex mercatoria zum staatlichen Recht	58
Autonome Lösung	59
Rechtsgeschäftliche Lösung	62
Rechtsordnungsloser Vertrag	62
Enge rechtsgeschäftliche Lösung	
Transnationale Lösungsversuche	66
Fazit: keine Autonomie der lex mercatoria	68
NFÜHRUNG INS ENGLISCHE RECHT	71
gemeines zum Vertragsrecht	71
Rechtsquellen des englischen Zivilrechts	71
Rechtsquellen des englischen Kauf- und Handelsrechts	72
Gegenstand des Kaufvertrages	73
rtragsschluss durch "Offer and acceptance"	74
rksamkeit des Vertrages, "consideration"	75
Lehre der "consideration"	75
Einschränkung durch "promissory estoppel"	
mtuo ocon ol ocumo	70
rnagsausiegung	/8
Die Wortlautauslegung	79
Die parol evidence rule und ihre Ausnahmen	80
Zusammenfassung	81
1	4.6.1.3.2.3 Nachverhandlungspflichten

5.5 Inha	lt von Vertragspflichten	82
5.6 Haft	ung für Leistungsstörungen	82
5.6.1	Generelle Haftung ohne Verschulden (strict liability)	83
5.6.2	Vertragspflichten	84
	Warranty	
	2 Condition	
	3 Abgrenzung von condition und warranty	
	.2.3.1 Abgrenzung als Frage der Vertragsauslegung	
5.6	.2.3.2 Zwischenformen: Innominate terms	
5.6.3	Haftungsfreizeichnungen	88
5.6.4	Grenzen der Haftungsfreizeichnung	89
5.6.4.	Nach dem common law	
5.6	.4.1.1 Grundsätzliches	89
	.4.1.2 Auslegungsmaßstäbe	89
	.4.1.3 Keine Einschränkung durch "fundamental breach of contract"	
5.6	.4.1.4 Zusammenfassung	93
	A.2.1 Prüfungsmaßstab	
	.4.2.1 Fruitingsmabstab	
	5.6.4.2.2.1 Auch Branchenbedingungen unterfallen dem UCTA	
	5.6.4.2.2.2 Regelmäßig keine Anwendung bei Überseekaufverträgen	96
5.6	4.2.3 Zwischenergebnis	98
5.7 Zwis	schenergebnis	98
6 DIE	GAFTA-KONTRAKTE IM DETAIL	99
6.1 Einb	eziehung und Auslegung der Vertragsbedingungen	99
6.1.1	Einbeziehung von standard terms	99
	1 Die Praxis der Einbeziehung	
	2 Rechtliche Einbeziehung	
	.1.2.1 Einbeziehung kraft Unterschrift	
	1.2.2 Einbeziehung kraft Hinweises	
6.1	.1.2.3 Einbeziehung in sonstiger Weise	101
	5.1.1.2.3.1 Durch Handelsbräuche oder die Geschäftspraxis	
(1	5.1.1.2.3.2 Durch Bestätigungsschreiben "confirmation note"	103
6.1	.1.2.4 Kollidierende standard terms	104 105
(	7. 1. 1. 2. 7. 1   ROUMSTAGE HACH CHGHSCHEIH REUH	103

6.1.1.2.4.2 Rechtslage nach deutschem Recht	
6.1.1.2.4.3 Rechtslage nach dem UN-Kaufrecht	
6.1.1.2.4.4 Zwischenergebnis	
6.1.1.3 Rechtsvergleich	109
6.1.2 Auslegung von standard terms	111
6.1.2.1 Zweideutige Klauseln und "contra proferentem rule"	111
6.1.2.2 Widersprüchliche Klauseln und "main purpose rule"	114
6.1.3 Rechtsvergleich und Schlussfolgerung	115
6.2 Am Vertrag beteiligte Personen	. 116
6.2.1 Käufer und Verkäufer	116
6.2.2 Beteiligung von Mittelspersonen ( <i>broker</i> )	116
6.2.2.1 Provisionsanspruch des broker	
6.2.2.2 Vertragsschluss durch den broker	
6.2.2.3 Entgegennahme von Anzeigen	120
6.2.2.3.1 Zurechnung von Erklärungen	120
6.2.2.3.2 Zurechnung von Erklärungen im GAFTA-Vertrag	121
6.2.2.3.3 Vergleich mit dem deutschen Recht	122
6.2.3 Zusammenfassung	123
5.3 Die Ware	. 123
6.3.1 Identität, Qualität und Beschaffenheit der Ware	123
6.3.1.1 Erscheinungsformen in den Verträgen.	
6.3.1.2 Erfüllung hinsichtlich der Gattung (Art)	
6.3.1.2.1 GAFTA-Kontrakte als sale by description	
6.3.1.2.1.1 Grundlagen zum Kauf nach Beschreibung	125
6.3.1.2.1.2 Erweiterung der Beschreibung auf sonstige Transaktionsumstände	126
6.3.1.2.2 Rechte des Käufers bei Lieferung gattungsfremder Sachen	
6.3.1.2.3 Rechtsvergleich	
6.3.1.2.3.1 Deutsches Recht / Einheitsbedingungen	
6.3.1.2.3.2 UN-Kaufrecht	
-	
6.3.2 Erfüllung bzgl. der Beschaffenheit der Ware (Qualität / Kondition)	
6.3.2.1 Unterscheidung in Qualität und Kondition	
6.3.2.2 Vereinbarungen bezüglich der Qualität (quality)	
6.3.2.2.1 Beschaffenheitsanforderungen	
6.3.2.2.2 Kontraktliche Rechtsfolgen bei abfallender Qualität	
6.3.2.2.2.1 Recht auf Kaufpreisminderung	
6.3.2.2.3 Exkurs: Ergänzung durch den Sale of Goods Act 1979	
6 3 2 2 3 1 Zufriedenstellende Qualität s. 14 SoGA	

6.3.2.2.3.2 Eignung der Ware für einen bestimmten Zweck	143
6.3.2.2.3.3 Anforderungen an Zweck und Mitteilung	143
6.3.2.2.3.4 Rechtsfolgen bei ungeeigneter Ware	
6.3.2.2.4 Rechtsvergleich	
6.3.2.2.5 Bewertung	
6.3.2.3 Besondere Qualitätsklauseln	
6.3.2.3.1 Die Klausel: tale quale ("Tel-Quel")	151
6.3.2.3.2 Die Klausel: fair average quality (FAQ)	
6.3.2.3.2.1 Erscheinungsformen	
6.3.2.3.2.2 Rechtsvergleich und Bewertung	
6.3.2.3.3 Ware nach Probe "sale as per sample"	156
6.3.2.3.4 Verkauf nach Naturalgewicht (Hektolitergewicht)	
6.3.2.4 Zeitpunkt der Mangelfreiheit	159
Vereinbarungen bezüglich der Kondition (condition)	160
6.3.3.1 Die Klausel "Shipment / Delivery in good condition"	160
6.3.3.1.1 Die Entscheidung Cehave NV v. Bremer Handelsgesellschaft mbH	161
6.3.3.1.2 Bewertung und Einordnung aus heutiger Sicht	
6.3.3.2 Zwischenergebnis und Rechtsvergleich	
6.3.4 Abschließende Bewertung zur Beschaffenheit	
5.3.5 Quantität	
6.3.5.1 Gewicht und Menge	165
6.3.5.1.1 Gewichtseinheiten	166
6.3.5.1.2 Gewichtsfeststellung: die GAFTA Weighing Rules No. 123	
6.3.5.1.2.1 Vorgehensweise bei der Verwiegung	
6.3.5.1.2.2 Kosten der Verwiegung	
6.3.5.2 Rechtsfolgen bei Differenzen in der Quantität	
6.3.5.2.1 Englisches Recht	169
6.3.5.2.2 Rechtsvergleich und Bewertung	170
6.3.5.2.2.1 Teilerfüllung unter Einheitsbedingungen; deutschem Recht	170
6.3.5.2.2.2 Teilerfüllung im UN-Kaufrecht	172
6.3.5.2.2.3 Zwischenergebnis	
6.3.5.3 Spielräume in der Menge	173
6.3.5.3.1 Optionsberechtigter	173
6.3.5.3.2 Annahme der Ware und Verrechnung	175
6.3.5.3.3 Schadensersatz bei Toleranzklauseln	176
6.3.5.3.3.1 Englisches Recht und GAFTA-Kontrakte	
6.3.5.3.3.2 Deutsche Sichtweise	
6.3.5.3.4 Bewertung zu Mengenspielräumen	
6.3.5.4 Sukzessivlieferungsverträge	180
6.3.5.4.1 Teilbarkeit der Leistung	
6.3.5.4.2 Rechtsfolgen bei Nicht- oder Schlechterfüllung	182
6.3.5.4.2.1 Hinsichtlich der einzelnen Rate	182
6.3.5.4.2.2 Hinsichtlich des ganzen Vertrages	183
6.3.5.4.3 Teillieferungen und Toleranzgrenzen	185
6.3.5.4.4 Zwischenergebnis	186
6.3.5.5 Bewertung	

6.3.6 Zertifikate und Proben	187
6.3.6.1 Proben und Analysezertifikate	188
6.3.6.1.1 Probenentnahme nach den GAFTA Sampling Rules No. 124	
6.3.6.1.1.1 Ort und Zeit der Probenentnahme	189
6.3.6.1.1.2 Modus der Probenentnahme	
6.3.6.1.1.3 Rechtsvergleich und Bewertung	
6.3.6.1.2 Analysezertifikate	192
6.3.6.1.2.1 Vertragliche Vereinbarungen	
6.3.6.1.2.2 Vorrangwirkung der sampling rules	193
6.3.6.1.3 Bindungswirkung der Zertifikate (final as to quality / quantity)	
6.3.6.1.3.1 Rechtsnatur der Zertifikate	
6.3.6.1.3.2 Vertragliche Vereinbarung der Bindungswirkung	
6.3.6.1.3.3 Reichweite der Bindungswirkung	
6.3.6.1.3.4 Ausnahmen der Bindungswirkung	
6.3.6.1.4 Zwischenergebnis und Rechtsvergleich	
6.3.6.2 Ursprungszeugnis (certificate of origin)	203
6.4 Die Lieferung beim CIF Geschäft	204
•	
6.4.1 Die Pflicht zur Verschiffung (shipment)	204
6.4.1.1 Vertragliche Ausgestaltung und Grundlagen	204
6.4.1.2 Rechte des Käufers bei Nichtlieferung	205
6.4.1.3 Rechtsvergleich	
6.4.1.3.1 Deutsches Recht / Einheitsbedingungen	
6.4.1.3.2 UN-Kaufrecht	209
6.4.1.4 Bewertung	
6.4.2 Abgabe der Verschiffungsanzeige (notice of appropriation)	
6.4.2.1 Erscheinungsformen, Sinn und Zweck	
6.4.2.1.1 Konkretisierung (contractual appropriation)	
6.4.2.1.2 Abgrenzung zum Eigentumsübergang	
6.4.2.1.2.1 Voraussetzungen des Eigentumsüberganges	216
6.4.2.1.2.2 Besonderheiten bei CIF-Geschäften	
6.4.2.1.2.3 Zwischenergebnis	
6.4.2.1.3 Rechtsvergleich	
6.4.2.2 Inhalt der Anzeige	
6.4.2.2.1 Regelungen der GAFTA-Kontrakte	
6.4.2.2.2 Rechtsvergleich	
6.4.2.3 Empfänger der Anzeige	224
6.4.2.4 Anzeigefrist	224
6.4.2.4.1 Vertragliche Bestimmungen	
6.4.2.4.2 Besonderheiten in Lieferketten	
6.4.2.4.3 Rechtsvergleich	
6.4.2.4.4 Bewertung	
6.4.2.5 Korrektur der notice of appropriation	
6.4.2.5.1 Keine Bindung an unwirksame Verschiffungsanzeigen	
6.4.2.5.2 Korrektur inhaltlich falscher Anzeigen	

6.4.2.5.3 Rechtsvergleich und Bewertung	230
6.4.2.5.3.1 Einheitsbedingungen / deutsches Recht	
6.4.2.5.3.2 UN-Kaufrecht	
6.4.2.5.3.3 Bewertung	
6.4.3 Unwirksame oder verspätete notice of appropriation	233
6.4.3.1 Vertragliche Einordnung der Klausel	233
6.4.3.1.1 Pflicht zur Erbringung der Anzeige als "condition"	233
6.4.3.1.2 Rechtsvergleich und Bewertung	234
6.4.3.1.2.1 Deutscher Ansatz: Einordnung als Hauptleistungspflicht	
6.4.3.1.2.2 Position des UN-Kaufrechts	
6.4.3.2 Entgegennahme unwirksamer Anzeigen	
6.4.3.2.1 Englische Sichtweise	
6.4.3.2.2 Rechtsvergleich und Bewertung	239
6.4.4 Abschließende Bewertung	241
5.5 Die Lieferung beim FOB-Geschäft	242
7.5 Die Eleferang beim 1 ob Geschaft	2 12
6.5.1 Käuferpflicht zur Erteilung von FOB-Instruktionen	242
6.5.1.1 Benennung eines Seeschiffes (nomination of ship)	
6.5.1.1.1 Nominierungsanzeige	
6.5.1.1.1.1 Erscheinungsformen und Zweck der Anzeige	
6.5.1.1.1.2 Zeitpunkt der Anzeige	
6.5.1.1.2 Austausch des Schiffes	
6.5.1.1.2.1 Vertragliche Vereinbarungen	
6.5.1.1.2.2 Ohne Absprache: grundsätzlicher Austausch möglich	
6.5.1.1.2.3 Ersatzansprüche bei Austausch des Schiffes	
6.5.1.1.3 Rechtsfolgen bei fehlerhafter Nominierungsanzeige	
6.5.1.1.4 Rechtsvergleich und Bewertung	
6.5.1.1.4.1 Einneitsbedingungen und deutsches Recht 6.5.1.1.4.2 UN-Kaufrecht 6.5.1.1.4.2 UN-Kaufrecht	
6.5.1.1.4.3 Schlussfolgerung	
6.5.1.2 Benennung eines Verladehafens (nomination of port)	
6.5.1.2.1 Pflicht zur Bestimmung des Ladehafens	
6.5.1.2.1.1 Kontraktliche Absprachen	
6.5.1.2.1.2 Generell: Recht des Käufers zur Nominierung	
6.5.1.2.2 Rechtsfolgen bei Nichtbestimmung	
6.5.1.2.3 Rechtsvergleich und Bewertung	
6.5.1.2.3.1 Einheitsbedingungen	255
6.5.1.2.3.2 UN-Kaufrecht	
6.5.1.2.3.3 Schlussfolgerung	
6.5.1.3 Ergebnis zu den FOB-Instruktionen	257
6.5.2 Die Verkäuferpflicht zur Beladung	257
6.5.2.1 Verladeort	
6.5.2.2 Zeitpunkt des Verladebeginns	
6.5.2.2.1 Englische Sichtweise	
652211 Generell: Ontionsrecht des Käufers (delivery at hyver's call")	

6.5.2.2.1.2 Optionsrecht des Verkäufers, ("delivery at	
6.5.2.2.2 Rechtsvergleich	260
6.5.2.2.3 Einheitsbedingungen	
6.5.2.2.4 UN-Kaufrecht	
6.5.2.2.5 Bewertung	
6.5.2.3 Frist für die Beladung	
6.5.2.3.1 Grundsätzlich	
6.5.2.3.2 Laderaten in den GAFTA-Verträgen	
6.5.2.3.3 Schadensersatz bei Nichteinhaltung der Ladera	
6.5.2.4 Weiterbeladung nach Zeitablauf	
6.5.2.4.1 Ausnahmeregelung in den Kontrakten der GAF	
6.5.2.4.2 Voraussetzungen: benanntes Schiff, begonnene	
6.5.2.4.3 Rechtsfolgen	267
6.5.2.4.4 Rechtsvergleich und Bewertung	
6.5.3 Exkurs: Eigentumsübergang bei FOB-Geschäften	
6.5.4 Abschließende Bewertung	270
5.6 Die Extension of shipment clause	272
6.6.1 Vertragliche Erscheinungsformen	272
6.6.2 Voraussetzungen: Erklärung der "extension"	273
6.6.3 Rechtsfolgen	274
6.6.3.1 Verlängerung des Leistungszeitraumes	274
6.6.3.2 Bei FOB: Benennung eines Seeschiffes nötig	
6.6.3.3 Ausgleichszahlungen des Käufers (carrying charges)	
6.6.3.3.1 Erscheinungsformen	
6.6.3.3.2 Wirksamkeit von Ausgleichszahlungen	
6.6.3.3.2.1 Wirksamkeit von <i>carrying charges</i>	
6.6.3.3.2.2 Wirksamkeit von anderen Ausgleichszahlu	
6.6.3.3.3 Ergebnis: Wirksamkeit von Ausgleichszahlung	
6.6.3.4 Verhältnis zur force majeure clause	
6.6.4 Zusammenfassung und Bewertung	280
5.7 Ersatz von Liegegeld (demurrage)	282
6.7.1 Liegegeldklauseln	282
6.7.2 Rechtsnatur der Klauseln	283
6.7.2.1 Zahlung als Freihalteerklärung (indemnity)	283
6.7.2.2 Zahlung als originärer Zahlungsanspruch	
6.7.3 Weitere Schadensersatzposten	
6.7.3.1 Vergleich zum Recht der Charterpartien	
6732 Übertragung auf Kaufverträge	280

6.7.4 Rechtsvergleich und	d Bewertung	291
	en und deutsches Recht	
o.y. 1.5 Downtaing		27 1
6.8 Kontraktliche Besonde	rheiten der Gefahrtragung	295
6.8.1 Modifikation der G	efahrtragung	296
6.8.2 Gewichtsverluste w	rährend der Seereise	296
6.8.2.1 Grundsätzliche Gef	ahrtragung bei Gewichtsverlusten	296
	cht	
	richt (deficiency-clause)	
	sformen	
	den Mengenspielräumen	
	t mit CIF-Grundsätzen	
	en englischen Ansichten	
	re englische Rechtsprechung	
	nergebnis	
	ich und Bewertung	
	efertes Gewicht Klauseln" im deutschen Recht	
6.8.2.3.4.2 "Ausgeli	efertes Gewicht Klauseln" im CISG	305
	ng	
	tät (rye terms-clause)	
	sformen	
	bereich	
6.8.2.4.3 Rechtsfolgen		308
6.8.2.4.3.1 Minderui	ngsrecht des Käufers	308
	tzung beim Regress des Verkäufers	
	ntionen im Schiedsverfahrentionen im Schiedsverfahrent mit CIF-Grundsätzen	
	ich und Bewertung	
	ich und Bewertung	
_		
6.8.3 Besonderheiten bei	schwimmender Ware	313
6.8.3.1 Leistungsstörungen	vor Vertragsschluss	314
6.8.3.1.1 Verkauf von	nicht existenter Ware	314
6.8.3.1.1.1 Rechtsla	ge nach s. 6 SoGA	314
	nwendung bei nichtexistenter Ware	
	nwendung im Rohstoffhandel bei Gattungsschulden	
6.8.3.1.1.4 Rechtslag	ge nach dem common law	316
	verschlechterter Ware	
	ebnis	
	nach Vertragsschluss	
	ladeanzeige	
	adeanzeige	
	chterung vor der Verladeanzeige	
6.8.3.2.2.2 Untergar	ng vor der Verladeanzeige	320

6.8.3.2.2.3 Die Entscheidung C. Groom Ltd. v. Barber	320
6.8.3.2.2.4 Die Entscheidung Manbré Saccharine C. Ltd. v. Corn	
Products Co. Ltd.	321
6.8.3.2.2.5 Schlussfolgerung	
6.8.3.3 Rechtsvergleich und Bewertung	
6.8.3.3.1 Gefahrtragung nach deutschem internen Recht	
6.8.3.3.2 Gefahrtragung nach UN-Kaufrecht	
6.8.3.3.3 Bewertung	
6.8.4 Schlussfolgerungen	327
6.9 Sammelsendungen (pro-rata clause)	329
6.9.1 Die Sammelsendung	329
6.9.1.1 Definition einer Sammelsendung	329
6.9.1.2 Rechtliche Würdigung von Sammelsendungen	331
6.9.2 Vertragliche Vereinbarungen, <i>pro-rata clause</i>	332
6.9.2.1 Verteilung zwischen den Empfängern	
6.9.2.1.1 Realer Ausgleich anhand der Beteiligungsquoten	
6.9.2.1.2 Alternativ: Ausgleich in Geld	
6.9.2.1.3 Anspruch auf Auseinandersetzung bzw. Ausgleichung	
6.9.2.1.3.1 Deutsche Sichtweise	
6.9.2.1.3.2 Englische Sichtweise	
6.9.2.1.3.3 Vereinbarung als Vertrag zugunsten Dritter	
6.9.2.1.3.4 Pro-rata Vereinbarung als <i>collateral contract</i>	
6.9.2.1.3.5 Collateral contract und die fehlende consideration	
6.9.2.1.3.6 Erst-recht-Schluss zu Art. 20B SoGA	
6.9.2.1.3.7 Zwischenergebnis	
6.9.2.2 Verrechnung mit dem Verkäufer	341
6.9.3 Rechtsvergleich und Bewertung	342
5.10 Verpflichtung zur Kaufpreiszahlung	344
6.10.1 Kasse gegen Dokumente	344
6.10.1.1 Abwicklung der Zahlung	
6.10.1.1.1 Anzudienende Dokumente	
6.10.1.1.2 Abwicklung des dokumentären Inkassos	
6.10.1.1.3 Zahlungsmodalitäten im Detail	347
6.10.1.1.3.1 Zeitpunkt der Zahlung	347
6.10.1.1.3.2 Ort der Zahlung	
6.10.1.2 Nichtverfügbarkeit der Dokumente	
6.10.1.3 Zulässigkeit der Praxis "Ware gegen Empfängerrevers"	350
6.10.2 Dokumente gegen Akkreditiv	352
6.10.2.1 Vertragliche Voraussetzungen	352
6.10.2.2 Bewertung	353

6.10.3	Rechte des Verkäufers bei Nichtzahlung / Verweigerung der	
	Dokumentenannahme	355
6.10	0.3.1 Rücktritt und Schadensersatz	355
6.10	0.3.2 Kaufpreiszahlung, s. 49 SoGA	356
6.10.4	4 Schlussfolgerungen	357
6.11 N	ichtleistung: die <i>default clause</i>	359
6.11.	1 Anwendungsbereich: Begriff des default	359
6.11	1.1.1 Die Pflichtverletzungen	
	1.1.2 Konkurrenzverhältnis zu anderen Klauseln	
	5.11.1.2.1 Verhältnis zur extension of shipment clause	
	5.11.1.2.2 Verhältnis zur circle clause	
	1.1.3 Vertragsaufhebung	
	6.11.1.3.1 Bestehen der Voraussetzungen zur Vertragsaufhebung	
(	5.11.1.3.2 Vornahme der Vertragsaufhebung	
	6.11.1.3.2.2 Erklärung der Vertragsaufhebung durch die säumige Partei	
	6.11.1.3.2.3 Fehlen einer Vertragsaufhebung	
6.1	1.1.4 Rechtsvergleich und Zwischenergebnis	
6.11.2	2 Rechtsfolgen und Schadensberechnung	366
6.11	1.2.1 Grundsätze der Schadensberechnung	
6.11	1.2.2 Bei Vornahme eines Deckungsgeschäftes	
6.1	1.2.3 Ohne wirksames Deckungsgeschäft	
$\epsilon$	5.11.2.3.1 Wirtschaftliche Betrachtung bei der Wertbestimmung	
$\epsilon$	5.11.2.3.2 Ort der Ermittlung	
	6.11.2.3.2.1 Marktort bei CIF-Geschäften	
	6.11.2.3.2.2 Marktort bei FOB-Geschäften	
	5.11.2.3.3 Zeitpunkt der Ermittlung	
	1.2.4 Weitere Schadensposten	
	5.11.2.4.2 Kein Ersatz des entgangenen Gewinns	
	1.2.5 Rechtsvergleich und Bewertung	
	5.11.2.5.1 Deutsches Recht und Einheitsbedingungen	
`	6.11.2.5.1.1 Deckungsgeschäft, § 19 Abs. 3 EB (§ 376 Abs. 3 HGB)	
	6.11.2.5.1.2 Preisfeststellung, § 19 Abs. 4 EB (§ 376 Abs. 2 HGB)	378
	5.11.2.5.2 UN-Kaufrecht	
6	5.11.2.5.3 Bewertung	380
6.11.3	3 Zusammenfassung und Ergebnis	382
6.12	Unmöglichkeit der Vertragserfüllung (force majeure, Streik,	
	Eis, Exportverbote)	384
•	-7 <b>r</b> - · · · <del>- · · · · ·</del> /	
6.12.	1 Lösungsansätze des staatlichen Rechts	385

6.12.1.1 England: Doctrine of frustration	385
6.12.1.1.1 Voraussetzungen der frustration	385
6.12.1.1.2 Rechtsfolgen der frustration	
6.12.1.2 Leistungshindernisse im deutschen Recht	388
6.12.1.3 UN-Kaufrecht, Art. 79 CISG	390
6.12.1.4 Zwischenergebnis	392
6.12.2 Force Majeure in der Kontraktpraxis	392
6.12.2.1 Die Vorteile von force majeure Klauseln	392
6.12.2.2 Exkurs: Force Majeure Klauseln als exemption clauses	395
6.12.3 Regelungen in GAFTA-Kontrakten	396
6.12.4 Eigentliche force majeure-clause	396
6.12.4.1 Hintergrund: Die Mississippi-Überflutung	396
6.12.4.2 Regelungsinhalt der force-majeure Klausel	397
6.12.4.2.1 Vertragliche Definition von force majeure	
6.12.4.2.2 Anzeige des Leistungshindernisses	
6.12.4.2.3 Rechtsfolgen bei force majeure	
6.12.4.2.3.1 Verlängerung des Verschiffungszeitraumes um 30 Tage	
6.12.4.2.3.2 Rücktritt bei andauerndem Leistungshindernis	
6.12.4.2.3.3 Zweitmalige Verlängerung auf insgesamt 60 Tage	402
6.12.5 Exportverbot-Klauseln (prohibition clause)	
6.12.5.1 Pflicht zur anderweitigen Eindeckung	
6.12.5.2 Rechtsfolgen der prohibition clause	
6.12.5.3 Verhältnis zur force majeure clause	
6.12.6 Streik-Klauseln (loading strike clause)	408
6.12.6.1 Anwendungsbereich	408
6.12.6.2 Rechtsfolge	409
6.12.7 Eis-Klauseln (ice clause)	410
6.12.8 Rechtsvergleich	411
6.12.8.1 Regelungen in den Einheitsbedingungen	411
6.12.8.1.1 Erfüllungsverhinderung	411
6.12.8.1.2 Erfüllungsbehinderung	
6.12.8.2 Rechtsvergleich und Bewertung	413
6.12.9 Schlussfolgerungen	414
6.13 Sonstige Besonderheiten	115
6.13.1 Lieferketten und Rückkäufe (circle clause)	
6.13.1.1 Entstehung von Käuferketten	
6.13.1.2 Vertragliche Vereinbarungen in Käuferketten	
6.13.1.2.1 Vereinbarungen bei reinen Lieferketten.	416

6.13.1.2.2 Vereinbarungen beim Zirkel (circle)	417
6.13.1.2.2.1 Vorliegen eines circle	418
6.13.1.2.2.2 Vertragliche Modifikationen durch die circle-Klausel	
6.13.1.2.2.3 Kaufpreiszahlung im <i>circle</i>	
6.13.1.2.2.4 Gegenseitige Kaufpreisverrechnung ("book out")	
6.13.1.2.2.5 Kaufpreiszahlung bei verschiedenen Währungen	
6.13.1.2.2.6 Verhältnis zur prohibition clause	
6.13.1.2.2.7 Verhältnis zur <i>default clause</i> : Leistungsstörungen im <i>circle</i>	
6.13.1.2.2.8 Verhältnis zur insolvency clause	
6.13.1.3 Rechtsvergleich und Bewertung	425
6.13.2 Bestimmungen über Mitteilungen: die <i>notice clause</i>	427
6.13.2.1 Geschäftstage-Klausel	427
6.13.2.2 Erklärungsfristen	
6.13.2.3 Zwischenergebnis	
9	
6.13.3 Die Shipment and classification clause	
6.13.3.1 Anforderungen an das Seeschiff	
6.13.3.2 Benanntes Schiff ("sales by named vessel")	433
6.13.3.3 Verschiffungsroute	434
6.13.3.4 Rechtsfolgen nichtkontraktlicher Verschiffung	
6.13.3.5 Bewertung	438
6.13.4 Versicherung	430
6.13.4.1 Abschluss der Transportversicherung	
6.13.4.2 Zusammenfassung und Bewertung	
6.13.5 Export- und Importgenehmigungen	
6.13.5.1 Pflicht zur Einholung von Genehmigungen	
6.13.5.2 Nichterbringung der Genehmigung und Rechtsfolgen	443
6.13.5.3 Rechtsvergleich und Bewertung	444
6.13.6 Insolvenz-Klausel	445
6.13.6.1 Vertragsbestimmungen der GAFTA	
6.13.6.2 Rechtsvergleich und Bewertung	
6.13.6.2.1 Einheitsbedingungen	
6.13.6.2.2 UN-Kaufrecht	
6.13.6.2.3 Bewertung	
7 SCHLUSSFOLGERUNGEN UND ENDERGEBNIS	449
8 ENGLISH ABSTRACT	456
8.1 The GAFTA Contracts from a German Viewpoint	456

8.2 German Contract Practice in the Grain and Feed Trade	458
8.3 GAFTA Contracts within the Meaning of a lex mercator	ia459
8.4 The Comparison between the GAFTA Contracts and the Terms	
LITERATURVERZEICHNIS	466
ENTSCHEIDUNGSVERZEICHNIS	490
STICHWORTVERZEICHNIS	512

### 1 Einleitung

### 1.1 Zielsetzung dieser Arbeit

Der Welthandel neigt dazu, sich selbst regeln zu wollen. Die Folgen sind meist umfangreiche Verträge zwischen den Parteien, die die wirtschaftlichen Vorgänge so genau erfassen, dass staatliches Recht fast schon entbehrlich erscheint. Häufig werden diese Vordrucke von Branchenorganisationen erstellt und den Mitgliedern allgemein verfügbar gemacht. Im Bereich des internationalen Getreide- und Futtermittelhandels ist die maßgebliche Institution die *Grain and Feed Trade Association (GAFTA)* mit Sitz in London. Mittlerweile werden mehr als 80% des Welthandels über die Kontrakte der GAFTA abgewickelt. Das zeigt deren überragende Bedeutung für den Wirtschaftsverkehr. Die vorformulierten Verträge sind so etabliert, dass Kaufleute bei internationalen Geschäften meist völlig unreflektiert auf sie zurückgreifen. Dabei müssen sie sich jedoch darüber im Klaren sein, dass diese Verträge ohne Ausnahme eine Rechtswahlvereinbarung zugunsten des englischen Rechts und eine Schiedsabrede bezüglich der Arbitrage in London vorsehen.<sup>1</sup>

Die nachfolgende Darstellung wird sich schwerpunktmäßig mit zwei Fragestellungen befassen:

Wegen ihrer erheblichen Regelungsdichte sollen die GAFTA-Verträge im ersten Teil dahingehend untersucht werden, ob sie als eine Selbstkodifikation des internationalen Handels aufgefasst werden können, die losgelöst vom staatlichen Recht im Sinne einer *lex mercatoria* bestehen kann. Dafür sind zunächst die Merkmale des sogenannten "Welthandelsrechtes" herauszuarbeiten, um anschließend aufzuzeigen inwieweit sich die GAFTA-Kontrakte vom staatlichen Recht loslösen, und deshalb als autonomes Wirtschaftsrecht bezeichnet werden können.

Der zweite Teil beschäftigt sich dann mit den einzelnen Klauseln der GAFTA-Verträge *en detail*. Dazu werden die in den Verträgen geregelten Punkte im Kontext des englischen Rechts und der ergangenen Gerichtsentscheidungen zunächst kommentiert und erläutert. Es soll dabei primär zwischen CIF und

Meist wird den Parteien das erst im Streitfall bewusst, sodass sie sich manchmal mit allen Mitteln gegen die Arbitrage in London zu wehren versuchen, wie im Fall Züricher Handelsgericht ZR 1990, 193 ff. dargestellt bei Vischer/Huber/Oser, Internationales Vertragsrecht, Rn. 1444. Siehe auch die Entscheidung Broda Agro Trade (Cyprus) Ltd v. Alfred C Toepfer International GmbH [2009] EWHC 3318 (Comm). Vgl. ferner Poudret/Besson/Berti, Comparative law of international arbitration, S. 173.

FOB Geschäften unterschieden werden, da diese die wohl häufigsten Grundtypen internationaler Kaufverträge darstellen. In einem zweiten Schritt wird dann ermittelt, wie die Bestimmungen der GAFTA unter rechtsvergleichender Betrachtung zu bewerten sind. So soll letztlich geklärt werden, ob aus Sicht eines deutschen Ex- oder Importeurs die Vereinbarung eines GAFTA Kontraktes rechtlich sinnvoll erscheint. Zur Beurteilung dieser Frage werden sowohl das UN-Kaufrecht als auch das interne deutsche Recht nach HGB und BGB herangezogen. Zudem werden die *Einheitsbedingungen im Deutschen Getreidehandel* (nachfolgend: Einheitsbedingungen) für den Vergleich maßgeblich berücksichtigt. Diese stellen im nationalen Getreide- und Futtermittelhandel das direkte Pendant zu den Kontrakten der GAFTA dar. Sie sind als allgemeine Geschäftsbedingungen² überaus häufig im Inland anzutreffen.

Die Arbeit soll ferner einen Beitrag dazu leisten, die Verbindung zwischen Seerecht und Kaufrecht herzustellen. Oft sind beide Materien in der deutschen Literatur voneinander in einen kaufrechtlichen und einen seerechtlichen Teil getrennt.<sup>3</sup> Beide Rechtsgebiete haben allerdings Ausstrahlungswirkungen auf das jeweils andere Gebiet und die Parteien treffen oft im Kaufvertrag transportrechtliche Vereinbarungen, sogenannte *maritime terms*.<sup>4</sup>

Zu den Kontrakten der GAFTA gibt es bislang keine zusammenhängende Darstellung. Die vertraglichen Regelungen sind meist nur exemplarisch im Zusammenhang mit anderen Themen aufgeführt. Das gilt insbesondere für die Schiedsgerichtsbarkeit, die häufig behandelt wird.<sup>5</sup> Seltener stehen materielle

Zum Charakter der Einheitsbedingungen als Allgemeine Geschäftsbedingungen, vgl. OLG München Beschluss v. 29.03.2012, Az.: 34 SchH 12/11.

<sup>3</sup> Lediglich Trappe macht dankenswerterweise erste Versuche, die Verknüpfung zwischen beiden Themen herzustellen, vgl. Trappe, IHR 2008, 157 und Trappe, European Transport Law (27) 1992, 3, 3 ff.

<sup>4</sup> Trappe, FG-Herber (2010), 19, 22 f.

<sup>5</sup> Rubino-Sammartano, International arbitration law, S. 550; Bernstein/Tackaberry/Marriott, Bernstein's handbook of arbitration and dispute resolution practice, Rn. 16-89; Guo, FS-Horn (2006), 959, 970; Redfern/Hunter/Blackaby, Law and practice of international commercial arbitration, S. 407; Carr/Stone, International trade law, S. 629; Krause, Anti-suit injunctions als Mittel der Jurisdiktionsabgrenzung, S. 140 Fn. 235; Schlosser, Das Recht der internationalen privaten Schiedsgerichtsbarkeit, S. 135, 338; Naumann, Englische anti-suit injunctions zur Durchsetzung von Schiedsvereinbarungen, S. 148; ferner Oleaginosa Moreno Hermanos Sociedad Anónima Comercial Industrial Financeira Immobiliaria y Agropecaria (Argentina) v. Moinho Paulista Ltda (Brazil), Yearbook Commercial Arbitration 33 (2008), 371 ff.

Probleme im Vordergrund.<sup>6</sup> In der englischen Literatur sind lediglich die Arbeiten von Slabotzky<sup>7</sup> und Bridge<sup>8</sup> hervorzuheben, die sich eingehender mit den Kontrakten der GAFTA beschäftigen. In Frankreich findet sich das Buch von Schwob<sup>9</sup> über die Verträge der London Corn Trade Association (LCTA), der Vorgängerorganisation der GAFTA, welches aber auch schon von 1928 datiert. Aus deutscher Sicht gibt es hingegen noch keine Abhandlung.

## 1.2 Angewendete Methode der Rechtsvergleichung

Für den im Rahmen dieser Arbeit angestrebten Rechtsvergleich ist zunächst zu klären, welche Methode dabei zur Anwendung kommen soll. Weitgehend hat sich die Vorgehensweise einer sogenannten funktionalen Rechtsvergleichung durchgesetzt, <sup>10</sup> die schon von *Ernst Rabel* begründet wurde. <sup>11</sup>

Die funktionale Rechtsvergleichung setzt dabei nicht an einer Gesetzesnorm oder einem Rechtsinstitut an, sondern untersucht, welche sozialen Probleme in der Gesellschaft vorliegen. Hintergrund ist, dass das Recht nicht als Selbstzweck verstanden wird, sondern als ein probates Mittel um menschliches Verhalten zu

So bei Vischer/Huber/Oser, Internationales Vertragsrecht, S. 659; Gehrke, Das elektronische Transportdokument, S. 113; Bridge, in: Cranston/Goode (Hrsg.), Making commercial law (1997), 277, 281; Wilson, Carriage of goods by sea, S. 156; Schrammen, Grenzüberschreitende Verträge im Internet, Bd. 3, S. 253; Schlechtriem, Internationales UN-Kaufrecht, S. 47; Anderegg, Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht, S. 54 Fn. 278; ausführlicher Schmidt-Kessel, Standards vertraglicher Haftung nach englischem Recht, S. 100 ff.; Hammerschmidt, Kollision allgemeiner Geschäftsbedingungen im Geltungsbereich des UN-Kaufrechts, S. 55 Fn. 192.

<sup>7</sup> Slabotzky, Grain contracts and arbitration.

<sup>8</sup> Bridge, Canadian Business Law Journal (19) 1991, 485; Bridge, in: Cranston/Goode (Hrsg.), Making commercial law (1997), 277; Bridge, in: Worthington (Hrsg.), Commercial law and commercial practice (2003), 213; Bridge, Pace Int'l L. Rev (15) 2003, 55; Bridge, The international sale of goods.

<sup>9</sup> Schwob, Les contrats de la London Corn Trade Association.

Maßgeblich vertreten von Zweigert/Kötz/Zweigert-Kötz, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 33; ferner Basse, Das Schweigen als rechtserhebliches Verhalten im Vertragsrecht, S. 8 f.; Schneider, Verwaltungsrecht in Europa, S. 30 f.; kritisch zur Frage, was wirklich funktional ist Großfeld, FS-Sandrock (2000), 329, 336. Auch englische Rechte betonen ein funktionales Vorgehen bei der Rechtsvergleichung, siehe Fairchild v. Glenhaven Funeral Services Ltd. [2002] 3 All E.R. 305.

Emmenegger, Gesetzgebungskunst, S. 72 Fn. 108 mwN; Zweigert/Kötz/Zweigert-Kötz, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 60; Rainer, Europäisches Privatrecht, Bd. 12, S. 44.

ordnen *(ubi societas ibi ius)*.<sup>12</sup> Da die Ordnungsbedürfnisse in jeder Gesellschaft gleich sind, kann untersucht werden auf welche Art und Weise unterschiedliche Rechtssysteme die Konflikte zu lösen versuchen.<sup>13</sup> Es ist beispielsweise nicht zu vergleichen, wie die "Unmöglichkeit" in den beteiligten Rechtsordnungen geregelt ist. Wer so vorgeht, der kategorisiert eine Erscheinung bereits in der Systematik des eigenen Rechts, was den Blick in die Auslandsrechtsordnung einschränkt. Insofern muss vielmehr untersucht werden, wie das Recht die Parteien schützt, wenn äußere Ereignisse auftreten, die die Vertragsdurchführung behindern oder ausschließen.

Die Vertragspartner kennen als Kaufleute die sich im internationalen Handel ergebenden Probleme regelmäßig am besten und versuchen diese schon im Vorwege vertraglich zu regeln. Der sie verbindende Kontrakt ist sozusagen eine Fundgrube typischerweise auftretender Probleme. Eine funktionale Betrachtungsweise dieser Regelungen ist daher die hier einzig zielführende Vorgehensweise. Da die englischen Verträge auf den Rechtsvorstellungen des *common law* basieren und die deutschen auf denen Kontinentaleuropas, ist die Untersuchung vertraglicher Bestimmungen gleichzeitig auch eine Rechtsvergleichung zwischen *common law* und *civil law* selbst. Ergänzend soll das UN-Kaufrecht als weiterer "Rechtskreis" in den Vergleich einbezogen werden. Da dieses in der Praxis häufig abgewählt wird, mögen so Erkenntnisse über die "Unbeliebtheit" des internationalen Kaufrechts gewonnen werden.

Um beim obigen Beispiel zu bleiben, finden sich beispielsweise in beiden Verträgen Klauseln für den Fall, dass die Erfüllung des Vertrages unmöglich wird und Ausführungen dazu, wer das jeweilige Risiko zu tragen hat. Deren unterschiedliche Ausgestaltungen können dann untersucht werden. Dabei steht letztlich die Frage im Vordergrund, welche Lösung zweckmäßiger und gerechter ist. Freilich lässt sich diese Frage meist nicht völlig abstrakt klären, was auch ein wesentlicher Kritikpunkt an der funktionalen Rechtsvergleichung ist. Das Kriterium ist daher, welche Regelungen aus Sicht des Exporteurs bzw. Importeurs vorteilhaft erscheinen. Letztlich kann damit die Frage geklärt werden, für

Übersetzung des Satzes von Hugo Grotius: "Wo es eine Gesellschaft gibt, gibt es ein Gesetz", vgl. S. Heinrich von Cocceji, Grotius illustratus seu commentarii ad Hugonis Grotii de Jure belli et pacis libros tres, hrsgg. v. Samuel von Cocceji, Bd. 1 (Breslau 1744), zu Proleg § 8.

<sup>13</sup> Schmidtbleicher, Die Anleihegläubigermehrheit, S. 146; Kocher, Funktionen der Rechtsprechung, S. 7 ff.; Steininger, Das russische Kaufrecht, S. 52.

Zweigert/Kötz/Zweigert-Kötz, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 46.

<sup>15</sup> Siehe nur Großfeld, FS-Sandrock (2000), 329, 336.

welche Partei eine Vereinbarung der englischen GAFTA-Kontrakte vorzugswürdig erscheint und in den Vertragsverhandlungen angestrebt werden sollte.

Die Untersuchung darf dabei jedoch nicht lediglich an der Einzelregelung verhaften bleiben. Vielmehr sind kulturelle, historische, ökonomische und soziologische Gründe mit einzubeziehen, da sich gerade zwischen Zivilrechtsordnungen und dem *common law* sogar erhebliche Mentalitätsunterschiede zeigen. <sup>16</sup> Aus diesem Grunde sollen – soweit diese feststellbar sind – an ausgewählten Stellen auch diese Hintergründe mit einfließen. Dazu ist insbesondere auf die Entstehungsgeschichte und die ökonomischen Bedürfnisse einzugehen.

Wer Rechtsvergleichung betreibt, muss sich dabei in die Lage eines Auslandsjuristen versetzen und bei seinem Vorgehen insbesondere dieselben Rechtsquellen zu benutzen. Dazu zählt letztlich alles, was das Rechtsleben der herangezogenen Ordnung mitgestaltet,<sup>17</sup> insbesondere also Gesetzesnormen, Lehrmeinungen sowie die Leitsätze der Gerichte.<sup>18</sup> Im englischen Rechtssystem kommt vor allem letzteren maßgebliche Bedeutung zu.<sup>19</sup> Lehrmeinungen werden nur am Rande berücksichtigt.<sup>20</sup> Dieses Rangverhältnis soll sich auch im Rahmen dieser Darstellung widerspiegeln, indem Präzedenzfälle maßgeblich erläutert werden. Die Kontrakte der GAFTA unterliegen dabei einer eigenen Schiedsgerichtsbarkeit. Die dort ergangenen Schiedssprüche werden regelmäßig nicht veröffentlicht und konnten daher nur untergeordnet Eingang in die Darstellung finden. Allerdings steht es jeder Partei nach *s. 69 Arbitration Act 1996* frei, die ordentlichen Gerichte anzurufen, wenn sie der Meinung ist, dass ein Schiedsgericht das Recht falsch angewendet hat.<sup>21</sup> Im Laufe der Jahre sind über diesen

Legrand, I.C.L.Q. (45) 1996, 52, 63 spricht sogar von unüberwindbaren Gegensätzen: "that the common law mentalité is not only different, but is actually irreducibly different, from the civil law mentalité as found in Continental Europe."

<sup>17</sup> Zweigert/Kötz/Zweigert-Kötz, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 34.

Vgl. Sacco/Joussen, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 60.

vgl. Doerfert, JA 1998, 435; Döser, NJW 2000, 1451, 1452; Plötzgen, Präjudizienrecht im angelsächsischen Rechtskreis, S. 33; Pilny, Präjudizienrecht im angloamerikanischen und im deutschen Recht, Bd. 122, S. 18 ff.; Niemann, Die rechtsgeschäftliche und organschaftliche Stellvertretung und deren kollisionsrechtliche Einordnung, S. 79.

<sup>20</sup> Blumenwitz, Einführung in das anglo-amerikanische Recht, S. 80 ff.

Siehe auch Shell Egypt West Manzala GmbH v. Dana Gas Egypt [2009] 2 C.L.C. 481. In dieser Entscheidung wurde klargestellt, dass der Schidsspruch immer vor den ordentlichen Gerichten angreifbar ist. Der Satz in der Schiedsordnung der GAFTA, der Schiedsspruch sei "final, conclusive and binding" (cl. 12.6 GAFTA 125), schließt dieses Recht nicht aus.

Weg zahlreiche Gerichtsentscheidungen ergangen, die für die Darstellung maßgeblich herangezogen wurden.

Die größte Schwierigkeit in der Rechtsvergleichung bleibt im Übrigen die Sprache. Ausländische Begriffe sind oft nur schwierig in ihr inländisches Äquivalent zu übersetzen – wenn es überhaupt ein solches gibt. Wer dieses dennoch versucht, der setzt sich leicht über sprachliche Nuancen hinweg. Wann immer möglich, sollen im Rahmen dieser Arbeit daher die englischen Originalbegriffe verwendet und nur am Rande auf das deutschsprachige Äquivalent hingewiesen werden. Aus diesem Grunde werden auch die relevanten Passagen aus Urteilen und Verträgen nicht übersetzt.

# 2 Der Überseehandel und seine Erscheinungen im Getreide- und Futtermittelhandel

## 2.1 Der Überseekaufvertrag

Der Überseekauf<sup>22</sup> ist juristisch gesehen ein normaler Kaufvertrag, der lediglich rechtlich und wirtschaftlich im Zusammenhang mit dem Transport über See steht.<sup>23</sup> Er unterliegt grundsätzlich dem Recht der nach dem internationalen Privatrecht determinierten nationalen Rechtsordnung.<sup>24</sup> In der Praxis liegen jedoch meist umfangreiche Verträge der Parteien vor, die nicht nur eine Rechtswahlund Gerichtsstandsvereinbarung enthalten, sondern auch das dispositive Recht durch zahlreiche Einzelabsprachen modifizieren.

Wegen der Besonderheit, dass beide Parteien in weit voneinander entfernten Ländern ansässig sind, kommt es bei der Abwicklung zu einer Vielzahl faktischer und juristischer Probleme, auf die die Parteien mit ihren Verträgen reagieren müssen

## 2.1.1 Faktische Probleme im Überseehandel

In der Regel verschifft der Verkäufer die Ware von einem Hafen, in dem der Käufer nicht persönlich anwesend ist und daher weder direkten Einfluss noch Kontrolle ausüben kann, ob auch kontraktliche Ware eingeladen wurde. Erst einmal verschifft befinden die Güter sich längere Zeit in der Obhut des Reeders. Das erfordert es, den Eigentumsübergang besonders auszugestalten. Da die Ware während dieser Zeit nicht übergeben werden kann, wird sie durch ein Konnossement repräsentiert. Das Konnossement wird vom Verfrachter ausgestellt und anschließend dem Ablader übergeben. Bei diesem handelt es sich um ein Wertpapier mit Traditionsfunktion. Durch dessen Übertragung wird die Übergabe der Ware ersetzt, sodass es einen derivativen Eigentumserwerb ermöglicht, auch wenn die Parteien keinen aktuellen Besitz an der noch auf dem Transport

<sup>22</sup> Der Überseekauf wird häufig auch als Abladegeschäft bezeichnet, vgl. Haage, Das Abladegeschäft.

<sup>23</sup> HGB-Großkommentar-Koller, vor § 373 HGB, Rn. 5; Vierheilig, Das Kaufrecht der Bedingungen der Bremer Baumwollbörse, S. 27.

<sup>24</sup> Herber, Seehandelsrecht, S. 426.

Vgl. für das deutsche Recht § 642 Abs. 1 HGB.

befindlichen Ware haben.<sup>26</sup> Auch die Abwicklung der Zahlung bereitet regelmäßig Probleme, da der Käufer meist nicht zahlen wird, ohne zu wissen, was der Verkäufer überhaupt verschifft hat. Daher wird diese oft mittels eines Dokumentenakkreditivs abgewickelt. Es handelt sich dabei um eine regelmäßig unwiderrufliche Anweisung des Bankkunden an seine Bank, den Kaufpreis an den Verkäufer zu zahlen. Dazu müssen der Bank die Dokumente vorlegt werden, die die verschiffte Ware als vertraglich ausweisen.<sup>27</sup> Dieses erlaubt eine bargeldlose Zahlung des Kaufpreises und sichert die Vertragsparteien im Hinblick auf den Kaufpreis bzw. den Warenerhalt.<sup>28</sup> Potenziert werden diese Probleme, wenn die Ware während des Transportes noch weitergehandelt wird.

Während des langen Transportes kann sich die Ware ferner durch äußere Einflüsse verschlechtern. Zudem besteht bei organischer Ware, wie beispielsweise Getreide, die Gefahr, dass sich die Ware durch ablaufende Stoffwechselprozesse selbst schädigt, indem sie beispielsweise überhitzt. Der Zustand der Ware muss daher spätestens bei der Ankunft verlässlich festgestellt werden und es können Probleme entstehen, wenn zu klären ist, zu welchem Zeitpunkt die Beschädigung eintrat, mithin wer das Risiko dafür zu tragen hat.

Häufig wird an Bord eines Schiffes nicht nur Ware für einen, sondern für mehrere Empfänger transportiert. Handelt es sich dabei um Schüttgut, so entstehen spezifische Probleme hinsichtlich der Auseinandersetzung der Ware im Löschhafen, wenn ein Teil der Ladung auf dem Transport beschädigt wurde.

Kommt die Ware erst einmal in beschädigtem Zustand beim Importeur an, so lässt sich die Transaktion meist nur schwer wieder rückgängig machen. Meist würden erhebliche Kosten für die Rückverschiffung in das Exportland anfallen.

Dennoch versuchen die Parteien, sich aus teilweise rein taktischen Gesichtspunkten wieder vom Vertrag zu lösen. Rohstoffpreise sind oft sehr volatil, das heißt, sie unterliegen großen Preisschwankungen. Das führt dazu, dass der Marktpreis sich im Laufe der Seereise stark verändern kann und der Käufer bei der Ankunft feststellt, die Güter zu teuer eingekauft zu haben. In einem fallenden Markt wird dieser daher versuchen eine Vertragsverletzung des Verkäufers zu finden, um den Vertrag zu beenden, die Ware nicht annehmen zu müssen, und sich dann anderweitig günstiger einzudecken.<sup>29</sup> Diese Tatsache ist häufig

Vgl. für das deutsche Recht § 650 HGB.

Herber, Seehandelsrecht, S. 428.

Dieses kann hier nicht weiter vertieft werden, vgl. dazu Herber, Seehandelsrecht, S. 428.

Vgl. Bridge, The international sale of goods, Rn. 10.101.

wirtschaftlicher Anlass für juristische Streitigkeiten.<sup>30</sup> Gerade im Überseehandel sind die Parteien einer Vielzahl von Pflichten ausgesetzt, sodass es dem Käufer meist leichter fällt, eine Pflichtverletzung des Verkäufers zu entdecken, als das bei nationalen Transaktionen der Fall wäre.<sup>31</sup>

## 2.1.2 Rechtliche Schwierigkeiten im Überseehandel

In rechtlicher Hinsicht treten ebenfalls verstärkt Probleme auf.<sup>32</sup> Der Verkäufer ist im Überseekauf nicht nur dazu verpflichtet, die Ware physisch zu liefern; regelmäßig treten wie bereits gezeigt Dokumente an die Stelle der Ware. Insofern laufen Pflichten bezüglich der Ware und der Dokumente oft parallel. Vor allem aber existiert eine Vielzahl von Rechtsverhältnissen nebeneinander. Das primäre Bindeglied zwischen Käufer und Verkäufer ist dabei der Kaufvertrag. Ferner muss eine der Parteien einen seerechtlichen Frachtvertrag abschließen<sup>33</sup> und die Ware für den Transport versichern, sodass insgesamt mindestens drei Verträge vorliegen.

Diese Verhältnisse sind rechtlich alle voneinander losgelöst zu betrachten. Das führt vor allem dazu, dass sie unterschiedlichen Rechten und damit insbesondere Verjährungsfristen sowie Gerichtsständen unterstehen können. Zudem kommen Rechte und Pflichten grundsätzlich nur zwischen den am Vertrag unmittelbar Beteiligten in Betracht.

Käufer und Verkäufer müssen im Überseekaufvertrag daher darauf achten, dass Sie die jeweiligen Verträge aneinander anpassen. Überseekaufverträge enthalten daher häufig sogenannte *maritime terms*, um die Verknüpfung zum Seetransportvertrag herzustellen.<sup>34</sup> Liegt beispielsweise ein FOB-Verkauf vor, so schließt der Käufer regelmäßig eine Reisecharter für ein bestimmtes Schiff ab, mit dem er die Ware im Verladehafen abholen will. Die Charterverträge erlauben dem Charterer dabei nur eine bestimmte Ladezeit. Ist diese überschritten, so muss der Käufer an den Reeder Liegegeld zahlen. Der Käufer muss daher im

<sup>30</sup> Dieses wird besonders drastisch deutlich im Fall Cehave NV v. Bremer Handelsgesellschaft mbH ("The Hansa Nord") [1975] 3 All E.R. 739. Diese Versuche sind aber nicht immer fruchtbar, vgl. auch Vargas Pena Apezteguia Y Cia v. Peter Cremer [1987] 1 Lloyd's Rep. 394, 399; ferner Gebruder Metelmann GmbH & Co KG v. NBR (London) Ltd. [1984] 1 Lloyds Rep. 614, 634.

<sup>31</sup> Vgl. auch Takahashi, J.B.L. 2003, 102, 105.

<sup>32</sup> Hierzu Hölker, Die Rolle der lex mercatoria im Anwendungsbereich des UN-Kaufrechts, S. 25 f.

<sup>33</sup> So auch Trappe, FG-Herber (2010), 19, 21.

vgl. Trappe, IHR 2008, 157 und Trappe, European Transport Law (27) 1992, 3, 3 ff.

Kaufvertrag festhalten, dass der Verkäufer die Ware innerhalb der Ladezeit der Charterpartie verlädt oder anderenfalls jedenfalls für das entstandene Liegegeld aufkommt. Eine ähnliche Problematik stellt sich auch bei CIF-Geschäften, da der Käufer das Schiff im Bestimmungshafen innerhalb einer bestimmten Zeit löschen muss. In diesen Fällen beziehen sich Kaufverträge daher für derartige Fragen häufig auf die Charterpartie selbst ("as to charterparty"). Kennt eine der Parteien die Charterpartie nicht, so können Unsicherheiten über den Vertragsinhalt entstehen.

#### 2.2 CIF- und FOB-Transaktionen

Verträge des Überseehandels werden häufig unter Verwendung von handelsüblichen Vertragsformeln geschlossen.35 Diese wurden von den Kaufleuten im Laufe der Jahrhunderte entwickelt und legen abgekürzt die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien in internationalen Kaufverträgen fest. Diese Klauseln wurden entweder in den nationalstaatlichen Kodifikationen aufgenommen<sup>36</sup> oder haben sich als Handelsbrauch durchgesetzt.<sup>37</sup> In dem Bestreben die teilweise nationalstaatlich geprägten Klauseln zu vereinheitlichen, hat die Internationale Handelskammer ICC ein Kompendium der häufigsten Klauseln herausgegeben - die INCOTMERS, welche allerdings keine Gesetzeskraft haben, sodass man auch von soft law spricht.<sup>38</sup> Grundsätzlich differenzieren die INCOTERMS nach dem Umfang des Pflichtenprogramms des Verkäufers. Am geringsten ist dieses bei einer reinen Holschuld, wenn dieser die Ware nur an seinem Werk zur Abholung bereitstellen muss ("ex works", EXW). Das Gegenteil ist eine Bringschuld des Verkäufers, die ihm sämtliche Anstrengungen bis ins Käuferland auferlegt ("delivered, duty payed", DDP). Diese kompromisslosen Klauseln werden in der Praxis freilich selten vereinbart. Am häufigsten verwendet sind die Klauseln CIF

<sup>35</sup> Gebräuchlich ist auch der Ausdruck "Trade Terms". Dieser Begriff meint aber nicht nur die Klauseln an sich sondern bezeichnet vorallem die von der ICC herausgegebene Zusammenstellung typischer Klauseln auf Landesebene, vgl. v. Westphalen, Rechtsprobleme der Exportfinanzierung, Bd. 11, S. 171.

<sup>36</sup> So insbesondere im amerikanischen UCC in para. 2.320 "C.I.F. and C.&F. Terms" und para. 2-319. "F.O.B. and F.A.S. Terms".

Shah, European Transport Law (16) 1981, 67, 72; v. Westphalen, Rechtsprobleme der Exportfinanzierung, Bd. 11, S. 172; Beyer, AWD 1954, 20; Sieg, RIW 1995, 100, 101; vgl. auch OLG Karlsruhe RIW/AWD 1975, 225; aA Sonnenberger, Verkehrssitten im Schuldvertrag, S. 79.

<sup>38</sup> Trappe, European Transport Law (27) 1992, 3, 4.

und FOB,<sup>39</sup> bei denen die Pflichten zwischen den Parteien geteilt werden. Deswegen wird sich die nachfolgende Darstellung auch auf die Verträge mit diesen Klauseln beschränken. Nachfolgend sollen die Grundmodi dieser Geschäfte daher kurz aus deutscher Sicht skizziert werden. Auf die Abweichungen und Besonderheiten im englischen Recht ist dann im Rahmen der späteren Darstellung der einzelnen Vertragsklauseln einzugehen.

#### 2.2.1 Der CIF-Vertrag

Das CIF-Geschäft (cost, insurance, freight) zählt zu den am häufigsten vereinbarten Bedingungen. 40 Hier verpflichtet sich der Verkäufer dazu, die kontrahierte Ware an Bord des Seeschiffes zu liefern 41 und den Transport zu organisieren. Dazu wird er bei der Lieferung von Getreide und Futtermitteln, welche als Schüttgut anfallen, in der Regel eine Reise- oder Zeitcharter mit dem Reeder über ein Schiff abschließen, das für den Transport von Getreide geeignet ist. 42 Das ist für ihn dann vorteilhaft, wenn er Rabatte von Schifffahrtskonferenzen erhält und deswegen über das transportierende Schiff disponieren möchte. 43

Da bei Massengütern in der Regel ein Gattungskauf vorliegt, trägt der Verkäufer die Leistungsgefahr bis zur Konkretisierung (§ 243 Abs. 2 BGB). Aus deutscher Sicht ist dazu nicht nur die Individualisierung der Ware durch Markierung oder Aussonderung nötig, sondern es muss ebenfalls eine Verladeanzeige abgesendet<sup>44</sup> werden.<sup>45</sup> Diese muss so genau sein, dass sich die Abladung zu ei-

Vierheilig, Das Kaufrecht der Bedingungen der Bremer Baumwollbörse, S. 27; Sassoon, European Transport Law (16) 1981, 50, 50 ff. insbesondere zur Geschichte dieser Klauseln.

Sassoon, C.I.F. and F.O.B. contracts, Rn. 1, der allerdings auch darauf hinweist, dass teilweise FOB-Transaktionen überwogen haben und dieses sich durchaus von Zeit zu Zeit ändern kann; vgl. auch Ireland v. Livingston [1872] L.R. 5 H.L. 395, 406 (Lord Blackburn): "The terms at a price to cover cost, freight and insurance, payment by acceptance on receiving shipping documents, are very usual and are perfectly well understood in practice"; zu den Vorteilen von CIF gegenüber FOB Brändle, Die Überseekaufklauseln cif und fob, S. 56 f.

Shah, European Transport Law (16) 1981, 67, 73. Im englischen Recht ist von shipment die Rede, was die Verschiffung und damit das Verbringen an Bord meint.

<sup>42</sup> Slabotzky, Grain contracts and arbitration, S. 23.

<sup>43</sup> HGB-Großkommentar-Koller, vor § 373 HGB, Rn. 7.

<sup>44</sup> RGZ 88, 389, 393 (Deutsch-Niederländische Getreideverträge); OLG Hamburg HansGZ 1919 Nr. 98. In den Vorinstanzen wurde die Notwendigkeit des Zugangs noch herausgestellt, die das Reichsgericht dann jedoch verneinte.

nem bestimmten Vertrag eindeutig zuordnen lässt.<sup>46</sup> Ebenso verhält es sich im englischen Recht. Die Mitteilung der Abladung *(notice of appropriation)* muss dem Käufer schnellstmöglich zugesendet werden.<sup>47</sup> Anderenfalls kann dieser die Andienung der Dokumente zurückweisen.<sup>48</sup> Dadurch erfolgt auch hier eine eindeutige Individualisierung der Ware.<sup>49</sup>

Die Gefahr für die Seestrecke trägt der Käufer, sobald die Ladung an Bord gebracht wurde. <sup>50</sup> Aus diesem Grunde ist der Verkäufer auch dazu verpflichtet, eine Transportversicherung für die Seestrecke abzuschließen. Der genaue Inhalt des zu besorgenden Versicherungsschutzes ergibt sich dabei meist aus dem Kaufvertrag selbst. <sup>51</sup> Die Besorgung der Versicherung ist dabei mit dem Kaufpreis abgegolten; der Käufer zahlt also für die Ware selbst, die Versicherung und die Fracht für den Transport der Ware.

Besitzt der Verkäufer die Ware selbst physisch, so erfüllt seine Lieferpflichten dadurch, dass er die Ware innerhalb des vereinbarten Zeitraumes an den Käufer verschifft.<sup>52</sup> Hat ein Dritter die Ware in Besitz, so kann er diesen zur Abladung veranlassen. Besitzt der Käufer die Ware selbst nicht physisch, so kann er auch mit Ware erfüllen, die er oder ein Dritter bereits zuvor verschiffte und

- 45 RGZ 88, 389; RGZ 92, 128, 131; OLG Hamburg HansGZ 1916 Hauptbl. Nr. 39; Digenopoulos, Die Abwandlung der CIF- und FOB-Geschäfte im modernen Überseekaufrecht, S. 69; Hager, Die Gefahrtragung beim Kauf, S. 114; anscheinend nur auf die Verladeanzeige abstellend Lebuhn, European Transport Law (16) 1981, 24, 37; HGB-Großkommentar-Koller, vor § 373 HGB, Rn. 65 hält hingegen lediglich eine Markierung für ausreichend und stellt weniger auf die Verladeanzeige ab.
- 46 Hager, Die Gefahrtragung beim Kauf, S. 116 f.
- 47 vgl. GAFTA 100 cl. 10.
- Société Italo-Belge pour le Commerce et l'Industrie v. Palm & Vegetable Oils (Malaysia) Sdn. Bhd. ("The Post Chaser") [1981] 2 Lloyd's Rep. 695, 702 (QBD); Guest, Benjamin's sale of goods, Rn. 19-018.
- 49 Hager, Die Gefahrtragung beim Kauf, S. 119.
- Siehe A4 CIF-INCOTERMS 2010. Unter den INCOTERMS 2000 war entscheidend, dass die Ware die Reling überschreitet. Dieses entspricht auch dem althergebrachten Verständnis zu CIF- und FOB Geschäften: Digenopoulos, Die Abwandlung der CIF- und FOB-Geschäfte im modernen Überseekaufrecht, S. 41 f. In den INCOTERMS 2010 ist nunmehr das Verbringen der Ware an Bord relevant. Damit nähren sich die INCOTERMS dem englischen Recht an. Denn auch hier ist weniger von der Reling als Abgrenzungspunkt die Rede, sondern davon, dass die Gefahr mit Verbringen an Bord resp. Verschiffung übergeht.
- 51 Sieg, RIW 1995, 100, 102.
- 52 Nach deutscher Terminologie ist dann von einem direkten Abladegeschäft die Rede: Haage, Das Abladegeschäft, S. 7.

die noch auf dem Transport ist.<sup>53</sup> Die dogmatische Begründung dafür ist im deutschen Recht zuweilen schwierig.<sup>54</sup> Eine Wahlschuld wird regelmäßig abgelehnt, da § 265 BGB dem Verkäufer ein zu großes Risiko auferlegen würde. Stattdessen ist der Verkäufer primär dazu verpflichtet, selbst abzuladen. An Erfüllung statt kann er jedoch nach § 364 BGB die Abladung dadurch ersetzen, dass er von einem Dritten abgeladene Ware ankauft und sich die Dokumente darüber verschafft. Diese muss jedoch dem Vertragsgegenstand entsprechen und während des vereinbarten Verschiffungszeitraumes von dem Dritten verschifft worden sein, um vertragsgemäß zu sein.<sup>55</sup> Diese Ware wird dem Verkäufer dann durch Konkretisierung zugewiesen.

Zudem muss der Verkäufer dem Käufer die Dokumente hinsichtlich der Ware andienen. Auch dieses ist nach deutschem Verständnis eine Hauptleistungspflicht. Daher bestehen zwei Pflichten, die bei der Nichtbefolgung einen Schadensersatzanspruch nach sich ziehen können. Zu den Dokumenten gehören nicht nur das Konnossement, sondern auch die Versicherungspolice und eine Handelsrechnung (Faktura). Wegen der Repräsentationsfunktion der Dokumente ist der Käufer auch nur verpflichtet Zug-um-Zug gegen deren Andienung zu zahlen. Die Dokumente enthalten insofern den prima-facie Beweis, dass die vertragsgemäße Ware verschifft wurde. Dokumente die maßgebliche Rolle in der Transaktion spielen, ist deshalb teilweise von einem Dokumenten- und nicht von einem Warenkauf die Rede. Pichtigerweise handelt es sich aber um einen

<sup>53</sup> In diesen Fällen ist in Deutschland von einem indirekten Abladegeschäft die Rede: Haage, Das Abladegeschäft, S. 8; vgl. auch Loock/Straatmann, Handelsrechtliche Schiedsgerichts-Praxis, Schiedsspruch J 5a Nr. 46, die sich insoweit auf einen Handelsbrauch berufen.

Vgl. dazu mit umfangreichen Überlegungen zum deutschen Recht Haage, Das Abladegeschäft, S. 7 f.

<sup>55</sup> Bradgate/Fennell/White, Commercial law, S. 209. Teilweise schließen die Kontrakte eine sogenannte "indirekte Abladung" aber auch aus. Der Verkäufer schuldet dann eigene Abladung.

<sup>56</sup> HGB-Großkommentar-Koller, vor § 373 HGB, Rn. 42; Digenopoulos, Die Abwandlung der CIF- und FOB-Geschäfte im modernen Überseekaufrecht, S. 125.

<sup>57</sup> Brändle, Die Überseekaufklauseln eif und fob, S. 58; Digenopoulos, Die Abwandlung der CIF- und FOB-Geschäfte im modernen Überseekaufrecht, S. 132 f.; vgl. auch BGHZ 14, 61, 62 für den Fall der Klausel "netto Kasse gegen Dokumente" worin ein Barzahlungsversprechen mit Vorauszahlungsabrede zu sehen ist; siehe aber auch BGH MDR 1957, 404.

<sup>58</sup> Lebuhn, European Transport Law (16) 1981, 24, 42.

Vgl. Arnhold Karberg & Co. v. Blythe, Green, Jourdain & Co. [1915] 2 K.B. 379, 388 (CA); Sassoon, C.I.F. and F.O.B. contracts, Rn. 26. Möglich ist aber auch ein reiner

Kaufvertrag über die Lieferung von Ware, der lediglich durch die Andienung der Dokumente erfüllt wird.<sup>60</sup>

#### 2.2.2 Der FOB-Vertrag

Das FOB Geschäft zählt zu den ältesten Formen des Überseekaufes<sup>61</sup> und belastet den Verkäufer verhältnismäßig gering. Bei klassischen FOB-Verträgen muss der Verkäufer die Ware auf seine Kosten nur bis in den Abladehafen und dort an Bord des Schiffes liefern.<sup>62</sup> Der Käufer muss diesem dazu ein ladebereites Schiff benennen, nachdem der Verkäufer seine Ladebereitschaft angezeigt hat.<sup>63</sup> Mit der Verschiffung<sup>64</sup> geht sodann auch die Preisgefahr auf den Käufer über.

Um den Transport zu ermöglichen, muss der Käufer selber den Seefrachtvertrag mit der Reederei abschließen und die Ware gegebenenfalls für die Seestrecke versichern.<sup>65</sup> In den Fällen von Schüttgutlieferungen wird der Käufer

- Wertpapierkauf des Konnossements, bei dem der Verkäufer lediglich für die Existenz und Einredefreiheit der Forderung haftet.
- So auch HGB-Großkommentar-Koller, vor § 373 HGB, Rn. 13, der klarstellt dass die Warenlieferung Hauptleistungspflicht des Verkäufers bleibt; auch im englischen Recht: Manbré Saccharine Co. Ltd. v. Corn Products Co. Ltd. [1919] 1 K.B. 198, 203 (KBD); Hindley & Co. Ltd. v. East Indian Produce Co. Ltd. [1973] 2 Lloyd's Rep. 515, 517 (QBD); Arnhold Karberg & Co. v. Blythe, Green, Jourdain & Co. [1916] 1 K.B. 495, 510, 514 (CA); James Finlay & Co. Ltd. v. NV Kwik Hoo Tung Handel Maatschappij [1929] 1 K.B. 400, 407 f. (CA).
- 61 HGB-Großkommentar-Koller, vor § 373 HGB, Rn. 85; zu den Hintergründen Sassoon, C.I.F. and F.O.B. contracts, Rn. 431 ff.
- Shah, European Transport Law (16) 1981, 67, 74; zum englischen Recht vgl. Wimble Sons & Co. v. Rosenberg & Sons [1913] 3 K.B. 743, 756 CA; Newman Industries Ltd. v. Indo-British Industries Ltd. [1956] 2 Lloyd's Rep. 219, 235 (QBD); Tiberg, The law of demurrage, S. 665. Teilweise muss die Ware auch noch verstaut oder getrimmt werden, z.B. bei der Klausel FOB stowed (FOBS), FOB trimmed (FOBT) oder sogar FOB stowed and trimmed (FOBST).
- 63 Slabotzky, Grain contracts and arbitration, S. 22.
- 64 Bis zur Geltung der INCOTERMS 2010 war für den Gefahrübergang das Überschreiten der Reling maßgeblich. Numehr kommt es darauf an, ob die Ware an Bord gebracht wurde.
- Digenopoulos, Die Abwandlung der CIF- und FOB-Geschäfte im modernen Übersee-kaufrecht, S. 42; Brändle, Die Überseekaufklauseln cif und fob, S. 56 f.; Trappe, European Transport Law (27) 1992, 3, 12; Rechtlich gesehen hat der Verkäufer wegen des Übergangs der Preisgefahr kein Interesse an der Versicherung der Ware. Sofern der Verkäufer eines FOB-Vertrages aber noch nicht bezahlt wurde, kann er zumindest wirtschaftlich ein Interesse an einer Versicherung haben, falls der Kaufpreis nicht ent-

auch hier meist das ganze Schiff über einen Schiffsmakler chartern. 60 Der FOB Kauf ist daher meist nur dann für den Käufer von Interesse, wenn die Frachtraten stark schwanken oder er selbst gerade ein Schiff unter Charter hat, das er beschäftigen muss. Ansonsten sind FOB-Verträge für den Käufer eher nachteilig. Erhält er mehrere Angebote, die den Transport von verschiedenen Abladehäfen vorsehen, so kann er diese nicht direkt vergleichen, da der Endpreis von den jeweiligen Kosten des Seetransports abhängt. 67

Heute tritt das FOB-Geschäft allerdings nicht nur in seiner klassischen Form auf, sondern wird zunehmend auch modifiziert. Deshalb war in der Vergangenheit immer wieder streitig, welche Pflichten genau von einer Lieferung FOB umfasst sind. So kann der Verkäufer im Einzelfall dazu verpflichtet sein, den Seefrachtvertrag für den Käufer abzuschließen. Er tritt dann entweder als mittelbarer Stellvertreter auf, indem er in eigenem Namen und für fremde Rechnung handelt oder als direkter Stellvertreter nach § 164 Abs. 1 BGB. Diese Verpflichtung folgt entweder aus einem separaten Geschäftsbesorgungsvertrag (§ 675 BGB) oder als Hauptleistungspflicht aus dem Kaufvertrag selbst. Gerade in letzteren Fällen wird das FOB-Geschäft den CIF-Verträgen sehr stark angenähert, da der Transport der Ware in die Hand des Verkäufers gelegt wird.

## 2.2.3 Kettengeschäfte

Eine Besonderheit bei CIF Verträgen ist, dass die Ware meist bis aufs Äußerste gattungsmäßig bestimmt und typisiert ist. Ein Beispiel dafür wäre eine Lieferung von kanadischem Weizen, die lediglich mit "5000 bushels Manitoba II" bezeichnet wäre. Damit liegt eine weitgehend unbeschränkte Gattungsschuld vor. Diese Standardisierung der Kontrakte erlaubt es den beteiligten Händlern, diese ohne Mühe weiterzuhandeln. Bedingt durch den langen Seetransport kön-

- richtet wird. In diesen Fällen hilft eine Exportschutzversicherung. Vgl. dazu Sieg, RIW 1995, 100, 101 mwN.
- 66 Bridge, The international sale of goods, Rn. 1.09.
- 67 Vierheilig, Das Kaufrecht der Bedingungen der Bremer Baumwollbörse, S. 28.
- Pyrene Co. Ltd. v. Scindia Steam Navigation Co Ltd [1954] 2 Q.B. 402, 424 (QBD), per Lord Devlin; Sassoon, C.I.F. and F.O.B. contracts, Rn. 439; Schmitthoff/Cheng, Clive M. Schmitthoff's select essays on international trade law, S. 300 f.
- 69 Lebuhn, European Transport Law (16) 1981, 24, 43 spricht deswegen auch von einem "unechten" und einem "erweiterten" FOB Geschäft; vgl. auch Trappe, European Transport Law (27) 1992, 3, 12 f.
- 70 Brändle, Die Überseekaufklauseln cif und fob, S. 60 f.; HGB-Großkommentar-Koller, vor § 373 HGB, Rn. 13.

nen sich am Markt zwischenzeitlich schon Preisveränderungen ergeben, sodass die Ware gegebenenfalls weiterverkauft werden soll. Insofern können sowohl Zwischenhändler als auch Spekulanten beteiligt sein, die gar kein Interesse an der physischen Lieferung der Ware selbst haben, sondern an der Differenz zwischen Ein- und Weiterverkaufspreis verdienen wollen. In der Praxis werden daher meist wesentlich mehr Verträge geschlossen, als tatsächlich Ware geliefert werden kann. Aus diesem Grunde ist es dem Verkäufer eines CIF-Verkaufs auch verwehrt, lediglich die Ware in natura zu liefern. Da der Käufer grundsätzlich erwartet die Dokumente weiter handeln zu können, müssen gerade diese angedient werden. Das gilt auch dann, wenn die Ware bereits im Bestimmungshafen eingetroffen ist. Letztlich entstehen dadurch mehr oder minder lange Lieferketten (engl. *string-trading*). Ein Sonderfall dieser Kettengeschäfte ist der, dass eine der Vertragsparteien in der Kette doppelt auftritt, da er die Ware beispielsweise wieder zurückgekauft hat. In diesen Fällen liegt eine in sich geschlossene Lieferkette (engl. *circle*) vor.

Kettengeschäfte sind auch bei FOB-Transaktionen möglich. In der Regel wird die FOB gekaufte Ware dann CIF weiterverkauft, da der erste Käufer die Verschiffung organisiert, den Verfrachter instruiert und damit die Ware auf den Transport gebracht hat. Möglich ist jedoch auch eine Kette von FOB-Verkäufen. In diesen Fällen muss der letzte Käufer seinem Verkäufer gegenüber das Schiff benennen. Der Verkäufer hat in der Käuferkette die Benennung

Brändle, Die Überseekaufklauseln cif und fob, S. 3; Digenopoulos, Die Abwandlung der CIF- und FOB-Geschäfte im modernen Überseekaufrecht, S. 51 weist aber darauf hin, dass der Spekulationsmarkt sich zurückentwickelt hätte. Ebenso: Lebuhn, European Transport Law (16) 1981, 24, 36; vgl. auch Altfuldisch, Haftung und Entschädigung nach Tankerunfällen auf See, S. 159, der für den Ölhandel darauf hinweist, dass dieses während des Transports meist bis zu einhundertmal den Eigentümer wechselt. Dazu auch Voest Alpine Intertrading v. Chevron International Oil Co. [1987] 2 Lloyd's Rep. 547: Monatlich wurden circa 400 Verträge hinsichtlich 45 Waren "FOB Sullom Voe Brent crude oil" abgeschlossen.; eine plastische Beschreibung zur Entstehung von derartigen Ketten bei MacKendrick, Force majeure and frustration of contract, S. 196 ff.

<sup>72</sup> Takahashi, J.B.L. 2003, 102, 104.

<sup>73</sup> Siehe für Deutschland BGH LM § 373 HGB Nr. 3; HGB-Großkommentar-Koller, vor § 373 HGB, Rn. 62; Digenopoulos, Die Abwandlung der CIF- und FOB-Geschäfte im modernen Überseekaufrecht, S. 126.

<sup>74</sup> HGB-Großkommentar-Koller, vor § 373 HGB, Rn. 129.

<sup>75</sup> Dazu mehr bei den Kettenverkäufen, unten Seite 415.



### 3 Kontraktwesen im internationalen Handel

# 3.1 Wichtige Branchenorganisationen und Kontrakte im Getreide- und Futtermittelhandel

Im internationalen Handel mit Agrarrohstoffen gibt es eine Vielzahl an Branchenorganisationen. Diese Zusammenschlüsse von Kaufleuten dienen deren Interessensvertretung. So gibt es nicht nur die hier behandelte *Grain and Feed Trade Association* (GAFTA) sondern auch die *Federation of Oils, Seeds and Fats Association* (FOSFA). Daneben existieren eine Vielzahl weiterer Organisationen, wie die *London Rice Brokers Association* (LRBA) oder auch die *Refined Sugar Association* (RSA). In den Vereinigten Staaten existiert hingegen die North American Export Grain Association (NAEGA).

#### 3.1.1 Die Grain and Feed Trade Association (GAFTA)

#### 3 1 1 1 Geschichte der GAFTA

Die GAFTA blickt schon auf eine lange Geschichte zurück.<sup>77</sup> Am 15. Mai 1878 traten vier etablierte Händler im *Baltic Sale Room* in London zusammen und erwogen eine Gemeinschaft für den internationalen Getreidehandel, um die Vormachtstellung Großbritanniens als Zentrum des internationalen Getreidehandels zu stärken.<sup>78</sup> So entstand die *London Corn Trade Association (LCTA)*, die nicht nur eigene Musterverträge und Standardbedingungen sondern bereits eine erste Schiedsgerichtsbarkeit entwickelte.<sup>79</sup> Der erste Mustervertrag war auf den Verkauf von Weizen aus Ostindien zugeschnitten. Später kamen Verträge für das Schwarze Meer und Amerika dazu. Die effiziente und als fair geltende Schiedsgerichtsbarkeit führte dazu, dass schnell sogar kontinentaleuropäische Händler die Schiedsrichter der LCTA beauftragten.<sup>80</sup> Im Jahr 1906 spalteten sich einige Händler von der LCTA ab. Sie handelten überwiegend mit pflanzlichen Eiweißen und sahen ihre Interessen in der bisherigen Organisation nicht hinrei-

<sup>77</sup> Ausführlich zur Geschichte der London Corn Trade Association und der GAFTA bei Barty-King, Food for Man and Beast.

<sup>78</sup> Barty-King, Food for Man and Beast, S. 18.

<sup>79</sup> Röder, Rechtsbildung im wirtschaftlichen "Weltverkehr", S. 45; Barty-King, Food for Man and Beast, S. 18 f.

<sup>80</sup> Barty-King, Food for Man and Beast, S. 24.

chend vertreten.<sup>81</sup> Sie gründeten daher eine weitere Organisation, die *London Cattle Food Trade Association (LCFTA)*. Beide Organisationen entwickelten ihre eigenen Verträge und arbeiteten über 60 Jahre lang unabhängig voneinander. Jedoch veränderte sich der Handel im Laufe der Zeit. Viele Unternehmen waren nicht lediglich im Getreide- oder Futtermittelhandel, sondern in beiden Geschäftsfeldern tätig. Eine Trennung beider Institutionen wurde daher nicht mehr für sinnvoll erachtet und so entstand der Gedanke, beide zu einer gemeinsamen Organisation zusammenzuführen.<sup>82</sup> Am 31. März 1971 wurde daher die Grain and Feed Trade Association (GAFTA) gegründet, die beide Institutionen vereinte.

#### 3.1.1.2 Standardkontrakte der GAFTA

Die GAFTA stellt ihren Mitgliedern mittlerweile mehr als 80 Verträge zur Verfügung. Den Parteien steht es frei, die Verträge zu ändern oder zu ergänzen. Der Inhalt variiert nach der Art der verschifften Ware und den Vertragspflichten. So gibt es Formulare für Futtermittel (z. B. Nr. 100, 119), Getreide (z. B. Nr. 12, 32, 64), Sirup (Nr. 115) oder auch Reis (z. B. 120, 122). Die Formulare sind meist an die INCOTERMS der Internationalen Handelskammer angelehnt, wobei generell zwischen CIF und FOB Transaktionen unterschieden wird. Hinsichtlich der Qualität wird entweder auf die sogenannte "Tale Quale" (TQ) Klausel oder die "Rye Terms" (RT) Bezug genommen. Unter der "Tale Quale"-Klausel müssen die Güter nur so geliefert werden, wie sie anfallen, ach rye terms garantiert der Verkäufer hingegen den Zustand der Ware bei der Ankunft, sodass er das Transportrisiko trägt.

Folgende Verträge werden im Einzelnen von der GAFTA zur Verfügung gestellt.

<sup>81</sup> Barty-King, Food for Man and Beast, S. 39 ff.

<sup>82</sup> Barty-King, Food for Man and Beast, S. 79 ff.

Valluis, Rice in global markets (2005), 56, 56.

<sup>84</sup> Allerdings werden die INCOTERMS selbst ausdrücklich ausgeschlossen, vgl. unten Seite 45.

<sup>85</sup> Siehe unten Seite 151...

<sup>86</sup> Siehe unten Seite 306.

Tab. 1.1: Übersicht: Verträge der GAFTA

Nr.	Beschreibung	Einheit	Umfang	Verschiffung	Qualität
1.	General Fee- dingstuffs	Bags		CIF	TQ
2.	Chinese Goods	Bags	Parcels	CIF	TQ
4.	UK Produced Cakes/Meal				
5.	Pet Food Raw Materials	Bulk/Bags	$FCL^{87}$	CIF	
6.	Pet Food Raw Materials	Bulk/Bags	FCL	FOB	
8.	Locust Beans Bulk/Bags			CIF	TQ
9.	Imported Feeding Meat Meal/Meat & Bone Meal	Bags		CIF	TQ
10.	Fish meal	Bags		CIF	TQ
12.	Australian Grain	Bulk	Cargoes	CIF	TQ
13.	Australian Offals	Bags	Parcels	CIF	TQ
14.	Australian Grain	Bulk	Parcels	CIF	TQ
14A.	Australian & New Zealand Peas	Bags	Parcels	CIF	TQ
15.	Imported Fee- dingstuffs	Bags		CIF	TQ
16.	Australian Seed	Bags	Parcels	CIF	TQ
17.	General Short form			CIF	
21.	Intra-Asia Fee- dingstuffs	Bulk/Bags		CIF, C&F	TQ
23.	Pulses for Human Consumption	Bulk/Bags		FOB	
23A.	FAS Addendum		FAS		
23B.	C&F Terms Ad- dendum			C&F	
24.	Pulses for Human Consumption	Bulk/Bags		CIF, C&F	TQ

<sup>87</sup> FCL = Full Container Load.

25.	Pulses for Feed	Bulk		CIF	TQ
27.	Canadian & USA Grain	Bulk	Cargoes	CIF	TQ
30.	Canadian & USA Grain	Bulk	Parcels	CIF	TQ
31.	Canadian Pacific Coast	Bulk	Parcels	CIF	TQ
32.	La Plata Grain	Bulk/Bags	Cargoes	CIF	$RT^{88}$
35.	La Plata Grain	Bulk/Bags	Parcels	CIF	TQ
36.	La Plata Grain	Bulk/Bags	Parcels	CIF	RT
38.	La Plata Grain	Bulk/Bags	Parcels	FOB	
39.	Feedingstuffs from Argentina	Bulk		FOB	
41.	La Plata Grain	Bulk	Parcels	CIF	RT
43.	South American Offals	Bulk	Parcels	CIF	RT
48.	Central & Eastern Europe	Bulk	Parcels/ Cargoes	CIF	TQ
49.	Central & Eastern Europe	Bulk/Bags		FOB	
54A.	Baltic Grain	Bulk/Bags	Parcels/ Cargoes	CIF	RT
59.	South African Grain	Bulk	Cargoes	CIF	TQ
60.	South African Grain	Bulk	Parcels	CIF	TQ
61.	Mediterranean & Moroccan	Bulk/Bags	Cargoes	CIF	TQ
62.	Mediterranean & Moroccan	Bulk/Bags	Parcels	CIF	TQ
64.	General Grain	Bulk		FOB	
76.	Addendum- Malting Barley				
78.	Goods by Rail	Bulk			RT
79.	UK & Ireland Grain	Bulk		CIF	RT
79A.	UK & Ireland Grain	Bulk		FOB	

RT = Rye Terms.